

Der Sozialdemokrat

Er erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Göttingen-Zürich. Verkaufspreis franko gegen Einsendung des Betrages nach der Schweiz 10 Pf. Doppelporto.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

N. 36.

Wriefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerer Verhüllungen abgeben lassen. In der Regel sollte man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

1. September 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Internationale Arbeiter-Konferenz in Paris.

Die Internationale Arbeiter-Konferenz, welche vom 23. bis 29. August in Paris tagte, und über welche wir in der nächsten Nummer einen ausführlichen Spezialbericht bringen werden, hat einen in mehrfacher Beziehung bemerkenswerthen Verlauf genommen.

Anfangs schien es, als ob auch auf ihr, gleichwie auf der vor 3 Jahren in Paris abgehaltenen Konferenz, die Delegirten der englischen Gewerksvereine den Geist der Debatten und Beschlüsse in ihrem Sinn beeinflussen würden, und die Bourgeoisie, voran der Pariser „Figaro“, lobte bereits die „kluge und verständige Haltung“ der Teilnehmer der Konferenz. Aber die Freude war nur von kurzer Dauer. Nicht als ob im weiteren Verlaufe die Fabrikation von Dynamit und Bomben empfohlen und beschlossen worden wäre — das hätte der Bourgeoisie wenig Kopfschmerzen gemacht —, aber die englischen Delegirten wurden ein gutes Stück nach vorwärts gedrängt — vorwärts zum dreimal verrufenen Sozialismus.

Es war vielleicht nicht ganz den Regeln der internationalen Höflichkeit entsprechend, wenn in der zweiten Sitzung der Konferenz der Vertreter unserer Partei, Genosse Grimpe, in seinem Bericht über Deutschland eine Antwort auf einige Bemerkungen des Vertreters der englischen Gewerksvereine und sogar einen Angriff auf einen der hervorragendsten Führer derselben, Herrn S. Broadhurst, einließen ließ, und es ist begreiflich, wenn die Engländer, meist persönliche Freunde des Genannten, gegen die Angriffe auf ihn Verwahrung einlegten. Aber es ging mit dieser „Taktlosigkeit“, wie es die tugendhafte Presse nennt, wie mit den „goldenen Rücksichtslosigkeiten“ Goethes, ihre Wirkung war, trotz des Krachels, den sie zuerst hervorrief, eine durchaus wohlthätige.

Die Sache verhielt sich folgendermaßen: In der ersten Sitzung hatte der Delegirte des Nationalverbandes der englischen Gewerksvereine, Maudsley, in seinem Bericht die Erfolge der Gewerksvereine gepriesen. Am zweiten Tage kam nun Grimpe zum Wort und gab einen sehr ausführlichen Bericht über die Lage der Arbeiter in Deutschland, über die Thätigkeit unserer Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments u. d. und sagte mit Bezug auf die Maudsley'sche Rede (wir zitieren nach dem im „Proletariat“ veröffentlichten Protokoll):

„Maudsley habe gesagt, er habe keine sozialistischen Beziehungen; er (Grimpe) fordere die englischen Delegirten auf, sich mit den englischen Sozialisten in Verbindung zu setzen. Er bedauere, daß die englischen Gewerksvereine nicht mit den Sozialisten zusammengehen, welche die volle Emanzipation der Arbeiter aller Kategorien erstreben. Er wendet sich dann gegen eine andere Stelle des Berichtes des englischen Delegirten, wo es heißt, daß diejenigen, die ihre Beiträge nicht regelmäßig bezahlen, als falsche Brüder bezeichnet werden, und sagt, man müsse nicht nur diese als falsche Brüder bezeichnen, sondern auch diejenigen, die, wie Radaud und Tolain, ihre Verpflichtungen nicht halten, oder diejenigen, die, wie Broadhurst, für Ausnahmefälle gegen die Sozialisten (soll heißen gegen die Engländer) stimmen. Mögen die Engländer, sagte er hinzu, es machen wie die Franzosen, die sich von Tolain und Radaud losgesagt haben, d. h. den falschen Bruder Broadhurst fallen lassen und offen zum Sozialismus übergehen.“

In der heftigen Debatte, welche diese Worte hervorriefen, erklärte Grimpe, er habe keineswegs die englischen Delegirten verleugnet, sondern lediglich die Aufmerksamkeit der Trades Unions auf die Haltung Broadhurst's lenken wollen.

Tags darauf antwortete Burnett, Delegirter des Gewerksvereins der vereinigten Maschinenbauer, auf Grimpe's Ausführungen. Er nahm die englischen Gewerksvereiner gegen den Vorwurf, Gegner des Sozialismus zu sein, in Schutz (sehr gut!) und erklärte es für eine Pflicht der Sozialisten, in die Gewerksvereine einzutreten, um sie auf die Bahn des Fortschritts zu leiten (welches Zugeständnis!). Er pries die Erfolge, welche die Gewerksvereine bisher errungen, und findet es namentlich nicht passend, daß ein Deutscher die Aktion der Gewerksvereine hemängele, während es doch gerade vorzugsweise deutsche Arbeiter sind, die in London den englischen Arbeitern eine erbitterte Konkurrenz machen. Was Broadhurst anbetrifft, so habe derselbe trotz Allem, was man gegen ihn vorgebracht, das Vertrauen der Trades-Unionisten nicht eingebüßt, dieselben seien der Ansicht, daß dadurch, daß man ihn zum Mitglied der Regierung machte, man anerkennen wolle, daß die Arbeiter nicht bloß das Recht hätten, zu stimmen, sondern auch zu regieren. . . . Solange Herr Broadhurst fortfähre, den Gewerkschaften beizustehen, gelte er ihnen nicht

als Verräther, wie die von Grimpe genannten Personen u. s. w.

Da Grimpe nicht zum zweiten Male das Wort ergreifen konnte, so replizierte Radow auf den Theil der Burnett'schen Rede, der von der Lage der deutschen und englischen Arbeiter handelte. Auch Genosse Anseele (Belgien) griff zu Gunsten Grimpe's in die Debatte ein und tadelte es insbesondere, daß die Stelle der Rede Burnett's, wo es heißt, daß die deutschen Arbeiter die Löhne drücken, applaudirt worden sei. Man erinnere sich doch, rief er aus, daß die deutschen Sozialisten im Kampf für die Erhöhung der Löhne in das Gefängniß gewandert sind. Die Deutschen wünschen einfach, daß die Trades Unions sozialistischer werden, und wenn dieselben das nicht wollen, so beklage ich sie.“

Soviel für heute über diesen Zwischenfall. Was nun die der Konferenz zur Beschlussfassung vorgelegten Fragen anbetrifft, so ist wohl zur Zeit die wichtigste die der internationalen Fabrikgesetzgebung.

Mit Bezug auf diese wurde in Abstimmung nach Nationen folgende Tagesordnung mit allen gegen die Stimmen der Engländer angenommen:

„Die Arbeiter der verschiedenen Länder sollen ihre Regierungen auffordern, Unterhandlungen aufzunehmen behufs Abschließung internationaler Verträge und Vereinbarungen über die Arbeitsbedingungen.“

Die Konferenz empfiehlt in erster Reihe folgende Forderungen:

- 1) Verbot der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren.
- 2) Schutzmaßregeln für jugendliche Arbeiter über 14 Jahren und für Frauen.
- 3) Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages bei einem Ruhetage pro Woche.
- 4) Verbot der Nachtarbeit, außer in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen.
- 5) Obligatorische Einführung von Einrichtungen in den Werkstätten zum Schutze der Gesundheit.
- 6) Verbot gewisser Industriezweige und gewisser Produktionsmethoden, welche für die Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind.
- 7) Zivil- und strafrechtliche Haftbarmachung der Unternehmer bei Unfällen.
- 8) Ueberwachung der Werkstätten, Fabriken, Wertpläge u. d. durch von den Arbeitern gewählte Aufsichtsbeamte.

Auf Vorhalten C. de Paep's erklärten die englischen Delegirten, sie hätten nur deshalb nicht für die Resolution gestimmt, weil sie von ihren Mandatgebern keinen bestimmten Auftrag in diesem Sinne erhalten hätten, sie schloßen sich indes den Entscheidungen der Konferenz an und wollten sie dem Nationalkongreß der Gewerkschaften vorlegen, der demnächst (den 7. September) in Hull zusammentrete.

Gegen ihr Verhalten vor 3 Jahren ist das kein geringer Fortschritt. Es mag den guten Leuten bei dem Anpreisen ihrer Erfolge doch nicht so ganz leicht ums Herz gewesen sein, auch wird die Einmütigkeit der übrigen Delegirten in der prinzipiellen Auffassung der Dinge ihren Eindruck auf sie nicht verfehlt haben.

„Arbeiterfreundlichkeit auf Irrwegen.“

Es gehört zu den Gemeinplätzen, die Jedem, der die sozialdemokratische Theorie auch nur ganz oberflächlich kennt, längst geläufig sind, daß die Verwohllung der Nahrungsmittel an und für sich für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen von keiner Bedeutung ist, weil das Lohngesetz den günstigen Wirkungen jener Verbilligung entgegenwirkt und sie illusorisch macht. Es kann sich darum auch nur aus der Freude an Trivialitäten erklären, wenn in einer unter dem Titel: „Die Arbeiterfreundlichkeit auf Irrwegen.“ von Dr. Hermann Rehner, Wien, Verlag der Deutschen Worte, 1885 erschienenen Schrift in übermäßig breit ausgesponnener Weise zwei Schriftsteller gegenüber, die neuerdings wieder einmal durch Volksküche und verbesserte Koch- und Speiserezepte die soziale Frage lösen wollen, die Abgesammler derartiger Bemühungen nachzuweisen versucht wird.

Wenn wir von der genannten Schrift hier Kenntnis nehmen, so geschieht es selbstverständlich nicht wegen jener Volemil gegen sozialpolitische Klagen und Köche, sondern weil der Verfasser mit einem eigenen Vorschlag hervortritt. Dieser Vorschlag ist zwar auch nichts weniger als neu, aber da er in verbesserter Form und zu einer Zeit immer wieder von diesem oder jenem sozialpolitischen Wunderdoktor angepriesen wird, so mag er hier gelegentlich einmal beleuchtet werden.

Nachdem Rehner mit der schwierigen Frage, was wohl Volksküchen und Fleischpulver-Rezepte als Sozialreform werth sein mögen, glücklich fertig geworden, enthüllt er uns endlich auf der letzten Seite seine Auffassung von der sozialen Frage. Wie definiert er diese?

Es ist „die einzig richtige Frage, sagt er S. 35, die soziale Frage: Wie erhöht man den Lohn?“

In diesen Worten ist das sozialpolitische Programm der Schrift enthalten. Herr Rehner hatte zwar nicht die Freundlichkeit, uns näher auszuführen, wie wir zur Realisirung desselben gelangen können, indessen wollen wir von den praktischen Schwierigkeiten zunächst absehen und die theoretische Berechtigung des Vorschlags prüfen, indem wir denselben, um die Berechtigung zu erleichtern, allein im Lichte jener wissenschaftlichen Theorien beleuchten, die der Verfasser selbst als gültig anerkennt.

Der Preis der Waare Arbeitskraft, entwickelt uns Herr Rehner, ist wie der jeder anderen Waare bestimmt durch Nachfrage und Angebot. Den Arbeitern macht sich dieses Gesetz in der Weise fühlbar, daß einerseits bei größerer Arbeiterzahl, als der Bedarf sie erheischt, die Konkurrenz die Arbeiter zwingt, sich gegenseitig in Hungerlöhnen zu unterbieten, andererseits bei mangelndem Angebot von Arbeitern die Lohnsteigerung durch Einführung von Maschinen gehindert wird. Danach

muß geschlossen werden, daß eine Lohnsteigerung dem Kapital nicht weniger als erwünscht ist, woran wir Herrn Rehner deshalb erinnern, weil seine Schlussfolgerung zu der Annahme zwingt, daß er dies, trotz dem seine Leser es oft genug zu hören bekommen, selbst vergessen zu haben scheint.

Das bisher Gesagte würde allein schon genügen, den großen Widerspruch, in dem sich die Forderung des Verfassers bewegt, erkennen zu lassen. Es ergibt sich, daß der Lohn sich nur innerhalb ganz bestimmter Grenzen bewegen kann. Vermindert sich die Zahl der Ueberflüssigen in Folge steigender Nachfrage, so wird der Lohn steigen können; dieser Möglichkeit wird aber die Gewisheit einer Senkung des Lohnes gegenüberstehen, wenn in Folge verringerter Nachfrage die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte sich vermehrt. Für die beständige Erweiterung aber sorgt, wie man weiß, von der natürlichen Bevölkerungszunahme abgesehen, die Einführung immer neuer Maschinen, sowie — die weniger auffälligen Wirtschaftsverbesserungen“ (S. 10), die Verdrängung der Männer durch Frauen, der Erwachsenen durch Kinder und in gewissem Grade auch die Zentralisation des Betriebes. Damit verbindet sich theils als Ursache, theils als Wirkung Ueberproduktion, Krisis, Stagnation, und wie die legendreichen Wirkungen der freien Konkurrenz sonst noch zeigen mögen.

All dies bildet einen geschlossenen Kreislauf, in den einzubringen und dessen Bewegung an irgend einem beliebigen Punkt hemmen zu wollen, sich als eine ebenso fruchtlose wie unsinnige Bemühung erweisen muß.

Auch Herrn Rehner scheint die Erkenntniß dieser Erfolglosigkeit dunkel aufgedämmert zu sein. Denn wenn wir auch in seiner Broschüre öfterk Hinweis auf eine ganz andere Lösung der sozialen Frage begegnen, S. 2. S. 35: „wenn die Arbeiterfreundlichkeit ernstlich helfen will, . . . muß sie das Monopol an den Arbeitsmitteln brechen“, so können wir solche Aeußerungen doch nur als eine Dämmerung dieser Lösung bezeichnen, solange Herr Rehner es fertig bringt, in demselben Athemzug zu sagen, daß diese Lösung doch nur auf dem, über gewisse enge Grenzen hinaus unmöglichen Weg einer Lohnsteigerung zu suchen sei.

Die Einsicht, daß in unserem Zustand fortwährend verbesserter Technik und Wirtschaft, infolge dieser Verbesserung, der Lohn unausgesetzt auf so niedrigen Stande erhalten wird, daß die nicht und wenig qualifizirten Arbeiter nicht mehr davon leben können“ (S. 20), ist von sehr zweifelhaftem Werth, wenn sie zu solch widerspruchsvollem Resultate führt. Der Verfasser begeht öfters den groben Irrthum, zu behaupten, daß eherner Lohngesetz gelte nur für einfache Arbeit, d. h. für jene, deren Ausführung keiner Uebung und Vorkenntnisse bedarf, nicht aber für die höher qualifizierte.

Die Unhaltbarkeit dieser Behauptung ist leicht einzusehen. Höhere, qualifizierte Arbeit ist eben solche, deren Erzeugungs- und Erhaltungskosten der einfachen Arbeit gegenüber höhere sind. Ebenso wie bei dieser, wird das Lohngesetz die höhere Entlohnung, die der qualifizirteren Arbeit zu fallen muß, auf ihr Minimum zu senken bestrebt sein. Es ist jedoch selbstverständlich, daß dieses Minimum aller in die Arbeitskraft überhaupt eingegangenen Bildungskosten und des Lebensunterhaltes bei einem Steinklopper z. B. einen niedrigeren Werth darstellen wird als bei einem Mechaniker.

Herr Rehner konstatirt die Thatfache, daß intensivere Arbeit nicht höher entlohnt wird als andere, und behauptet damit im Zusammenhange, daß der höhere Lohn englischer Arbeiter das eherner Lohngesetz nicht umstoße, „denn er sieht es auch nicht“ (S. 18). Die englischen Arbeiter unterliegen aber dem ehernen Lohngesetz ebenso wie alle andern Lohnarbeiter, und „Nähen“ es darum ganz ebenso, wie z. B. die sächsischen Weber. Wenn sie höheren Lohn erhalten als die Arbeiter der übrigen Nationen, so allerdings nicht in Folge erhöhter Intensität, sondern wegen der höheren, den Engländern gemohneten Lebensbedürfnisse, das ist wegen der höheren Produktionskosten dieser Arbeiter. Das Verhältnis des Kapitalisten zum Arbeiter ist innerhalb des Produktionsprozesses ein rein ökonomisches, geschäftliches. Der Kapitalist sucht, so lange er sich als solcher bethätigt, sein Kapital möglichst zu verwerthen, möglichst hohen Gewinn zu erzielen; er muß es, wenn er nicht im Konkurrenzkampf untergehen will. Und daß niedriger Lohn dem Kapitalisten zu Gute kommt, ist den Fabrikanten ohne alle nationalökonomische Beweiskführung insinuirt bekannt“ (S. 30).

Dies scheint Herrn Rehner ziemlich klar zu sein, aber auch ihm mangelt „das theoretische Verständnis oder die praktische Fällung, daß eine ernstliche Hilfe für die Arbeiter ein rentenschmälernder Frevol, so mit als kapitalistisches Liebeswerk unmöglich wäre“ (S. 3).

Wir haben die eigenen Worte des Verfassers zitiert, um den krassen Widerspruch seiner Forderung mit all dem, was er selbst kurz zuvor entwidelte hat, deutlich hervorzuheben.

Fragen wir nun Herrn Rehner, welches die Mittel und Wege sind, die zu dem Ziel einer Lohnsteigerung führen. Wer ist, der seiner Meinung nach die helfende Hand dazu reichen kann und soll? Sind es einzelne Unternehmer? Daß diese, selbst ihren guten Willen vorausgesetzt, reformatorische Vorschläge nicht durchzuführen vermöchten, welche die Gesetze, nach denen die Bewegung unseres wirtschaftlichen Organismus sich vollzieht, ganz unkoslos würden, dürfte der Verfasser zugeben. Oder vermöchte der Staat diese Aufgabe zu lösen? Wer ist denn dieser Staat, und worauf beruht seine Macht? Ob der Verfasser sich bei Abfassung seines „Arbeiterfreundlichen“ Vorschlags das wohl schon gefragt hat? Wir bestreiten es, denn sonst würde er sich gefragt haben müssen, daß dieser Staat im Großen und Ganzen nichts Anderes ist als ein Ausschuß eben dieser Kapitalistenklasse, die vor Allem auf hohe Rente erpicht bleibt, daß dieser Staat auf nichts Anderem beruht, als auf der Macht der bestehenden Klasse über die nichtbestehende, und daß, gerade auf diesen Gegenstand geküßt, sie ihre Herrschaft zu befestigen und zu einer dauernden zu machen sucht.

Wäre ein „kapitalistisches Liebeswerk“ irgendwo in der Absicht der Kapitalistenklasse, so wäre durchaus nicht einzusehen, warum eine verbesserte Lage der Arbeiter nicht auf dem Wege der Verbilligung der Lebensmittel, wie das Herr Wolf z. B. in seinem „Volksküchenland“ erhofft, ebenso gut wie auf dem der Lohnsteigerung zu erzielen wäre. Die Kapitalisten würden sich im Gegentheil die Zuzumuthung, in solchem Falle den gleichen Geldlohn zu bewilligen, wenn überhaupt, bei weitem eher gefallen lassen, als die andere der Lohnsteigerung. Bei gleichem, ja sogar bis zu gewissem Grade sinkendem Geldlohn könnten dann sowohl die Arbeiter über einen größeren Konsumtionsfond verfügen und viel leichter „sparen“, als auch die Kapitalisten sich besser stellen. Der Unterschied, ob die Lage der Arbeiter durch Verbilligung des Unterhalts oder Erhöhung des Lohnes verbessert würde, ist unter dieser Voraussetzung ohne jeden Belang.

Da dergleichen wohlwollende Bestrebungen aber überhaupt nicht im Sinne der Kapitalisten liegen, lassen diese sowohl das Eine wie das Andere lässig bleiben, drücken den Geldlohn „um so viel, daß der Geldlohn gleichbleibt“ (S. 27) und machen sich über solche und ähnliche Vorschläge besten Falls lustig. Denn jeder unter ihnen weiß, daß „man“, wie der Verfasser sagt, „nicht viel, sondern wenig an Werth verbrennen soll, und nicht zum Zwecke des Lebens, sondern zum Zwecke des Arbeitens“ (S. 32). Der Hinweis auf den fünfzigjährigen Kampf um den Normalarbeitstag in England sowie all die gleichen oder ähnlichen

Kämpfe, die sich täglich vor unsern Augen abspielen, sollte allein genügen, zu zeigen, daß Bestrebungen, die die Lage der Arbeiter zu verbessern suchen, in direktem Widerspruch mit den Forderungen des Kapitals stehen. Jeder derartige Fortschritt wird auf dem Wege eines stillen oder offenen Kampfes zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse errungen, und wird stets nur auf dem Weg dieses Klassenkampfes errungen werden können.

Die Erhöhung des Lohnes in Folge außerordentlich günstiger Umstände kann, abgesehen von der Unmöglichkeit, jenen glücklichen Zustand als einen dauernden festzuhalten, nie jenen Punkt erreichen, der gleiche Bedeutung wäre mit Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise. Das Kapitalverhältnis wird durch eine Lohnerhöhung nicht im mindesten geändert. Das Ziel aber, wonach wir streben, ist eine Veränderung jenes Verhältnisses. Wir wollen nicht gleich einem schlechten Gärtner unsere Kraft daran verschenden, den leidenden Baum an Blättern und Blüten zu heilen, während die Wurzel krank darniederliegt; wir werden wohl jene sorgsam pflegen, damit sie nicht weiter verderben, aber dieselbe wird unsere hauptsächlichsten Bemühungen zuzuwenden. Die Wurzel des Übels in unserem Wirtschaftsorganismus ist aber die Trennung von Arbeiter und Produktionsmittel. Da muß die Arbeiterfreundlichkeit sich betätigen, sie muß das Monopol an den Arbeitsmitteln, welches die Herrschaft über den Arbeitsvertrag begründet, und damit die Macht besitzet, welche die Arbeiter zwingt, in freier Konkurrenz um die Arbeitsgelegenheit um den geringsten möglichen — für die Bestehenden möglichen — Anteil (!) an der Frucht ihrer Anstrengung sich aufzureiben! Wenn sie dort nicht ansetzt, kann der Arbeiter noch so billig werden, es wird nur der Lohn ebenso billig werden. Und wenn es dahin käme, daß wir Einheits, Zeit und Stärke und gleich allen Arbeiter-Unterhalt ganz umsonst in der Retorte machten, so würden nur die Arbeiter um eine Sache ohne Wert, ganz umsonst arbeiten! (S. 35.) Dies die in der Retorte gehörte ja den Kapitalisten! (S. 35.) Dies die in der Hauptkammer richtigen, wenn auch, wie die ganze Schrift, barbarisch stylisirten Worte des Verfassers; sie selbst richten ihn am schärfsten.

Er sieht, daß die freie Konkurrenz, der Ausschluß von den Produktionsmitteln durch den davon erzeugten Wettbewerb und die Arbeitsstelle für die Arbeiter) bringt, für einen Hungerlohn zu arbeiten. (S. 28) Er sieht, daß die Entwicklung unserer Produktionsweise zu einer Verschärfung der Gegensätze treibt, und er verlangt — eine Lohnerhöhung. Wer wird eine Lohnerhöhung nicht wünschenswert finden? Sie ist das ohne allen Zweifel, und die Arbeiter verdienen die allerenergiehchste Unterstützung, wenn sie alle Mittel, die ihnen die Klassenorganisation in die Hand gibt, zu diesem Zwecke gebrauchen, aber man darf, ohne in die schlimmste Konfusion zu verfallen, diesen Kampf um eine Lohnerhöhung, wie er auf dem Boden unserer Produktionsweise sich abspielt und allein abspielen kann, nicht verwechseln mit dem Anstreben einer „Lohn-erhöhung“ als sozialreformatorisches Heilmittel zur grundsätzlichen Veränderung unserer wirtschaftlichen Zustände. Diese „Lohn-erhöhung“ ist alles Andere, nur nicht wünschenswert. Wünschenswert im sozialpolitischen Verstand kann doch nur sein, was zugleich möglich ist. Ein Ding unmöglich, so ist seine Verfolgung allen vernünftigen Wünschen entgegengesetzt, weil wir dadurch in eine verfehlte Richtung getrieben werden und unsere Kraft in phantastischen und utopischen Anstrengungen nutzlos vergeuden.

Zu einer richtigen Einsicht über die ins Werk zu setzenden sozialpolitischen Mittel gelangen wir nur auf dem Wege eines Verständnisses der wirtschaftlichen Vorgänge, der geschichtlichen Bedingungen für die weitere Entwicklung unseres gesellschaftlichen Systems. Diese Entwicklung aber drängt mit unerlöschlicher Notwendigkeit zu einer beständigen Senkung des Lohnes. Jede Bemühung, den Gang der geschichtlichen Entwicklung zu hemmen, wäre aber nicht nur ganz nutzlos, sondern sie führte uns überdies, wenn sie gelänge, weit ab von unserm Ziel. Dieses Ziel ist allerdings, „das geltende Lohngesetz brechen lassen.“ (S. 35) aber nicht durch „Erhöhung des Lohnes“, wie der Verfasser es will, „das Geld nicht am Ende zu belumpfen, am Lohn“, „an dem bereits abgemessenen Theile des Arbeitsvertrages...“, sondern am Anfang, an den Ursachen, welche diesen Anteil (!) bestimmen, an dem Besitz der Produktionsmittel. (S. 35.) Die geschichtliche Entwicklung drängt zu diesem Ziel auf dem Wege eines immer intensiver geführten Klassenkampfes, der durch seine internationale Ausdehnung den Arbeitern eine unüberwindliche Kraft verleiht und den Sieg verbürgt. Die immer wachsende Anhäufung von Geld und nicht irreführen, denn gerade dieser Druck wird die Arbeiter antreiben, die Fesseln dieser Produktionsform zu sprengen, und alle Kämpfe und Wehen werden nur dazu dienen, ihre Energie zu stifeln und den Prozeß der Umwandlung abzukürzen.

Auf dem Wege einer „Lohnerhöhung“ in seinem Sinn aber wird Herr Wegner ebenso wenig das gesträumte Arbeiterglück zu sehen bekommen, wie Herr Wolf, den er so heilig bekämpft, durch Verbilligung der Lebensmittel. Auch er muß ebenso wie jener zu den Leuten gerechnet werden, welche die Nationalökonomie nur „im Herzen haben“ (S. 23), und der anspruchsvolle Titel seiner Schrift steht sich in bitterer Ironie gegen ihn selbst.

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 31. August 1886.

— Das gute Gewissen unserer Machthaber äußert sich in immer lustigeren Sicherheitsmaßregeln — d. h. die Sicherheit verbürgen solle den Wahrgen. Ein „herrliches Heer“ wie kein zweites in Europa, ein Heer von uniformierten und nicht uniformierten Spitzeln, wie sie zahlreicher die Welt noch nicht gesehen, Korruptionsmittel aller Art in Hülle und Fülle stehen ihnen zur Verfügung, und doch genügt das alles nicht, es muß immer noch mehr für die Ruhe und Sicherheit des Staates — will sagen, der Staatskassen, gesorgt werden. „Denn wenn auch das Heer eine nicht zu verachtende Schutzwehr ist, wer verbürgt uns die Treue des Heeres?“

So oder ähnlich sprach eines Tages der tugendhafte Putz, setzte sich hin und lästelte eine neue Verfügung aus, die in wahrhaft genialer Weise das Problem löst, wie man das Heer von dem bösen „Petroleum“ reinhalten kann. Und „dem kleinen Betrüger gleich, das im Verborgenen blüht“, verjagte er diesmal darauf, seine neueste Verfügung auf dem Gebiete der höheren Staatsbeamten an die große Glocke zu hängen, sondern begnügte sich damit, das Gute um des Guten Willen zu thun. Wir ehren die Beschcheidenheit Sr. Excellenz, aber dem Verdienste keine Krone. Wenn er sein strahlendes Licht in zarter Zurückhaltung unter den Schiffel stellt, so kann das für uns kein Grund sein, ihm die verdiente Anerkennung vorzuenthalten. Kommen Sie hervor, Herr Reichs-Oberpräsidentminister, und hören Sie, was uns einer der Unserigen, der in Ihrer unmittelbaren Nähe — wir möchten fast sagen, unter Ihren Augen — wirkt und Sie so zu bewundern reichliche Gelegenheit hat, zu Ihrem Lobe mittheilt. Es ist, wir können Sie dessen mit gutem Gewissen versichern, ein sehr zuverlässiger Mann.

Derselbe schreibt uns:

„Geheim! Herr v. Puttkamer hat einen neuen Erlaß vom Stapel gelassen! Im Oktober v. J. hat er an seine getreuen Landräthe sowie an sämtliche Minister der Kleinststaaten den strengen Geheim-Befehl erlassen: „daß die Gensdarmen angewiesen werde, ein strenges Auge über diejenigen zu haben, welche sozialdemokratische, Faschereins- und Krankenbesuch-Berathungen besuchen. Besonders“ — hier es in dem geheimen Erlaß weiter — „sollen diejenigen Personen scharf überwacht werden, welche in militärischen Kreisen stehen.“ — es ist dem Ministerium bekannt geworden, daß die Führer der Sozialdemokratie ihren Gehorsam, welche zum Militärdienst ausgehoben werden, streng anbehalten haben, sich während ihrer Dienstzeit weder zu halten, damit sie Unteroffiziere werden. Auf diese Art will sich die Sozialdemokratie des Unteroffizierskorps bemächtigen, um im Falle einer ausbrechenden Revolution das Militär auf ihrer Seite zu haben.“ Es heißt dann weiter, daß von derartigen Personen genaue Nachrichten über ihre Verhältnisse gesammelt werden sollen, „damit selbe streng überwacht und vom Avancement ausgeschlossen werden können.“ Dieser ministerielle Erlaß scheint nun nicht nach Puttkamers Wunsch überall stramm befolgt worden zu sein, denn Anfangs August ging wiederum ein geheimes Schreiben an

die Landräthe ab, worin dieselben mit Strafen belegt werden, wenn sie nicht bis Ausgangs August das verlangte Material einsenden. Herr v. Puttkamer will von seinen Trabanten, daß sie ihm „mit eigenhändigen geheime Schreiben die gesammelten Nachrichten über diejenigen für den Militärdienst ausgehobenen Mannschaften vorlegen, welche bereits eine gewisse Führerrolle innerhalb der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben oder wenigstens als eifrige und zielbewußte Vertreter ihrer Lehren gelten.“ Die Landräthe werden ihres Herrn Wunsch befolgen. Aber damit die beiden Gefasse Puttkamers auch streng geheim bleiben und der schneidige Junter eine kleine Freude hat, sollen dieselben hiermit durch den „Sozialdemokrat“ zur allgemeinen Kenntniß gelangen.“

Ein sozialdemokratischer Landrat.

Was sagen Sie zu unserem Freunde, Excellenz? Ein Landrat, nicht wahr? Etwas indiskret zwar, aber in der besten Absicht, nur um Ihr Lob desto lauter erklingen zu hören. Und was uns anbetrifft, so kommen wir seinem Wunsch sehr gerne nach.

Ruhm, Preis und Ehre dem Mann, der uns so schlaue auf die Sprünge gekommen. Heil ihm, der den Umständen den Todesstoß versetzt, indem er ihnen die Unteroffiziere entzieht. Denn von nun an wird natürlich in der ganzen Armee kein einziger Sozialdemokrat als Unteroffizier mehr Unterhalt finden, nun, wo der teuffische Plan, den Staat durch „andere Verhältnisse im Dienst“ umzustufen, in seiner abschreckenden Radikalität bloßgelegt ist. Wird der Erlaß getreulich befolgt, woran wir nicht zweifeln, so dürfen die guten Bürger endlich einmal beruhigt aufathmen. Kein Mensch kann sie ihrer lieben Obrigkeit berauben, der Staat ist gerettet.

Auf wie lange?

— Die tollen Reaktionsbrünne, die Junter Otto mit seinem Puttkamer und sonstigen Konferten jetzt macht, erklären sich von selbst, wenn man einen Gesamtblick auf die innere und äußere Lage wirft. Eine despotische, auf Bereicherung ihrer Interessenten hinzielende Regierung ist immer gemüthlich, wenn die Geschäfte gut gehen und es ihr möglich ist, auf dem Gebiete der auswärtigen Politik wohlthut, das Volk der Gedankenlosen aber blendende und berauschende Vorbeeren zu pflanzen. Was der Waldrian für die Kagen, das ist der Vorber für unzählige Menschen, wohl leider noch für die Wehrzahl.

Man betrachte sich nur die Geschichte des zweiten französischen Kaiserreichs, dessen verschleierter Ausgäbe das Bismarck'sche Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte ist. Solange die Dezemberverträge ungehört und mit glänzendem Erfolg das Land ausrauben konnte — ähnlich wie unsere Regierungskanzler —, solange der Börsenschwindel florirte, wie er bei uns unter Bleichröder's und seiner Gönner-Auspizien florirt hat; solange das Unkraut, genannt Vorber, so reichlich wucherte, daß jedem Viehhäber ein reiches Gericht vorgelegt werden konnte, und das Volk der Gedankenlosen den Ruhm des genialen Staatsmanns an der Spitze des Reichs in allen Tonarten sang — genau so wie es ein gutes Jahrzehnt und länger bei uns der Fall war —, da konnte der Reffe des Unfels sich den Luxus eines behaglichen Liberalismus und einer gewissen Noblesse erlauben. Er spielte den Großmüthigen gegen seine Feinde und spreizte sich in dem wohlthunenden Gefühl, es werde ewig so fortgehen, und im Pantheon der Geschichte werde sein Name auf ewige Zeiten unter denen der großen Männer und unter denen der edelsten Menschheitswohlthäter prangen.

Als jedoch die mageren Jahre angingen, als Frankreich so ausgeraubt war, daß selbst die raffinierten Räuber der Dezemberverträge nicht mehr wußten, wo Millionen zu stellen; und als der Bankrott der auswärtigen Politik dem Bankrott der inneren Politik auf dem Fuße folgte, da wurde der „geniale Staatsmann“ an der Spitze des französischen Kaiserreichs ungemüthlich, und er mußte sich wieder auf den Geschäftszweig verlegen, mit dem er begonnen hatte: nämlich auf die Staats- und Gesellschaftsretterei.

Das „rotte Gespenst“ wurde wieder herausgeputzt, die „weißen Blousen“ — ins preußische Deutsch überlegt heißen sie Kahlow-Fring u. s. w. — traten in Requisition, und — bald kam dann der Todeskampf des französischen Kaiserreichs.

In der Kopie wie im Original. Dieselben Ursachen wie dort haben jetzt den „genialen Staatsmann“ an der Spitze des deutschen Kaiserreichs ungemüthlich gemacht. Die Bauern, auf die er — gleich seinem französischen Vorbild — sich stützen wollte, sind — gleich den französischen Bauern — dahinter gekommen, daß nur eine gemeine Bauernjüngerei mit ihnen getrieben worden; die Handwerker kommen dahinter, daß die famose Junstmehlmehle eitel Schwindel ist; die Arbeiter sind nicht auf den Leim der „Sozialreform“ gegangen — dazu der Rückgang des Handels und der Industrie, der komplette Schiffbruch der Äquivalenzpolitik — kurz, das vollständige Plazzo, das man sich denken kann. Und in der auswärtigen Politik, deren Erfolge so oft für die Mißfolge der inneren Politik entschuldigend müssen, ist das Plazzo ebenso vollständig und gründlich wie in der inneren Politik. Das Plazzo der Kolonialpläne, die lächerliche Karolinengeschichte, die skandalöse Kaskaderie mit Frankreich, die skandalösere, an Oltmäh erinnernde Bauernschänderei vor Rußland, dem jetzt sogar der arme Battenberger Schande geopfert ward — das gibt ein so klägliches Ensemble, daß auch der bescheidenste Bierhauspolitiker sich nicht mehr an „nationaler Ehre“ berufen kann. Und um das Maß der Bismarck'schen Schande noch zu häufen: der Friede mit Rom, der schmachtvolle Marsch durch das laubinsche Joch der Pfaffen!

Es wird nicht leicht sein, eine Periode der deutschen Geschichte zu finden, auf welche der sogenannte Nationalstolz mit ähnlichen Gefühlen der Beschämung zu bilden hätte.

Kurz — das Kaiserreich des Herrn Bismarck hat aufgehört, ansehend zu sein; die Waage ist abgefallen, es steht in seiner ganzen abstoßenden Pöbellichkeit vor dem Volk — die Diebesfinger werden durch keine Handschuh verhüllt — was bleibt da dem „genialen Staatsmann“ an der Spitze des Kaiserreichs anders übrig, als seine Krallen zu zeigen, jedes freie Wort zu unterdrücken, und seine Sache klipp und klar auf das Soldatenabjohnet und den Polizeistuhl zu stellen? Und es wird das nicht weniger natürlich durch den Umstand, daß die Bismarck'sche Politik zu Verwirrungen mit dem Ausland drängt, in denen nur die geeinte Kraft der Nation den Sieg erringen kann. Was liegt diesem toll gewordenen Jähzorn, dessen höchstes Ideal die russische Krone, an dem Ruine Deutschlands? Und die Zeiten sind vielleicht nicht fern, wo der internationale Sozialismus das Vaterland gegen die nationalen Verräther wird verteidigen müssen.

— Ein Beitrag zur Frage, wie die Siege Deutschlands auf dem Weltmarkt erworben werden. Wir lesen in deutschen Zeitungen:

„Nähere Angaben über die erste Siamenlieferung für eine chinesische Eisenbahn, welche von der „N. Fr. Pr.“ mitgeteilt werden, lassen den Werth dieses Geschäftes recht fraglich erscheinen, sofern man nicht überhaupt einen Irrthum annehmen will. Es handelt sich zunächst um eine nach vielen Mühen beschlossene Eisenbahn zwischen den Kaipinglohlenwerken und dem Orte Lutai, eine Strecke von 26 englischen Meilen, und hat bei der Submission das deutsche Syndikat, an dessen Spitze Krupp steht, mit der billigsten Offerte den Zuschlag für die Lieferung von 1500 Tonnen Siamen erhalten. Ja unglücklich aber liegt es, daß dieses Resultat dadurch erzielt worden ist, daß das deutsche Syndikat, ohne selbst einen bestimmten Preis zu nennen, 25 Sh. (25 Mark) unter der niedrigsten Offerte anbot; da die niedrigste englische Offerte auf 3 Pfd. 5 Sh. per Tonne franko Shanghai lautete, würde sich darnach der von den Deutschen geforderte Preis auf 2 Pfd. reduzieren. Wenn diese Angaben in der That dem Sachverhalt genau entsprechen, würden sich nach diesem ersten Ergebnis die Aussichten auf das löhrende Geschäft, welche jetzt vielfach und in übertriebenster Weise an die Aufnahme des Eisenbahnbauens in China geknüpft werden, außerordentlich trüben. Vor Kurzem hat Krupp bei der Siamen-Submission in Kanton, wo eine englische Offerte alle deutschen Werke weit unterbot, schließlich doch den Zuschlag erhalten, indem er seine Forderung auf 117 M. pro Tonne ermäßigte. Der oben angegebene Preis würde sich dagegen, einschließlich der Transportkosten bis Shanghai, nur auf 40 Mark pro Tonne stellen, und wenn auch betreffs der speziellen Lieferungsbedingungen vielleicht eine Vergütung nicht ohne Weiteres möglich ist, so ist doch wohl bisher von einem solchen Siamenpreise noch niemals, auch nur annähernd, die Rede gewesen.“ ... „Bei diesem Vermeinerungsverkauf, zu welchem die Ueberproduktion der europäischen Weltindustrien drängt,

muß man an den Ausgangspunkt dieser ganzen Entwicklung des internationalen Handels zurückdenken. Dieser aber ist in der Siamenindustrie kein anderer als die zuerst von den deutschen Siamenwerken geübte Praxis, durch Schandpreise im Auslande jede Konkurrenz zu schlagen und dafür im Inlande unter dem Schutze einer „nationalen“ Zollpolitik sich durch hohe Preise von den Landesklienten bezahlt zu machen.“

Es hält schwer, einen Ausdruck zu finden, der so gut genug wäre, um diese niederträchtige „Praxis“, die wie nichts anderes den deutschen Namen im Auslande verzagt gemacht hat, gebührend zu brandmarken. Wir würden den vielen Tausenden Profiteuren jüdischer Abstammung, die sich durch ihrer Hände Arbeit mühsam ernähren, bitter Unrecht thun, wenn wir den Ausdruck jüdisch wählen wollten. Rein, das ist ganz spezielle Geschäftsmacherei, die nur durch einen ganz speziellen Ausdruck getroffen werden kann; das findet eine Analogie nur in dem famosen Dillpöppel, den man den Arbeitern aus der Tasche stahl, um ihn in die Tasche des Millionärs Bismarck und seiner Palatinen zu praxistieren. Die Arbeiter sind es, welche die Kosten dieser schmachvollen Unternehmung zu tragen haben, die Arbeiter, denen man es mit Hilfe skandalöser Ausnahmegerichte unmöglich macht, sich ihrer Haut zu wehren. Ohne Sozialistengeiz und Bismarck'sche Streik-Urlaue wären solche Vorgänge nicht möglich. Mehr als 33%, Prozent unter dem niedrigsten englischen Angebot! Es ist ein Skandal, wie er ärger nicht gedacht werden kann.

Auf der internationalen Konferenz in Paris haben sich die Vertreter der englischen Gewerkschaften bitter über die deutsche Konkurrenz beschwert, welche unangeseht auf die Löhne drückt. Man braucht nicht alles zu unterschreiben, was die Leute vorbrachten, — es läuft sicher manche, auf irrige Voraussetzungen und mangelhafte theoretische Verständniß beruhende Ueberzeugung mit unter, aber wenn man das Vorstehende liest, so kann man ihnen doch nicht ganz Unrecht geben — „Und nicht! Ich sie zusammenzuschreiben, könnt ich sie doch nicht länger heißen.“

Diese Schmach von dem deutschen Namen zu lösen, ist die Ehrenpflicht der deutschen Arbeiter.

Nieder mit dem System der nationalen Schmachkonkurrenz, das sich System des nationalen Schutzes nennt! Nieder mit der Anbelung der deutschen Arbeiter zum Vortheil der deutschen Ausbeuter! Nieder mit dem Regierungssystem, das solche Blüthen zeitigt! Nieder mit Bismarck, Puttkamer und Konferten!

— Die deutsche Polizeipresse ist sich der mangelhaften Begründung des Freiburger Urtheils so wohl bewacht, daß sie die Hamburg'sche Verhaftungen zu einer nachträglichen Rejustifizierung auszufächeln bemüht ist. Von diesem Gesichtspunkte aus sind alle Mittheilungen der betreffenden Blätter über jene Verhaftungen aufzusassen. Der Beweis soll jetzt geliefert worden sein, daß eine geheime Organisation auch im Sinne des § 128 des Reichsstrafgesetzbuchs besteht, und zwar nicht bloß für Hamburg und Umgebung, sondern auch für ganz Deutschland; zwei der Verurtheilten des Freiburger Prozesses sollen schwer kompromittirt sein, und der Staatsanwalt soll die nöthigen Unterlagen haben, um das Erkenntniß des 4. August als nicht weit genug gehend anzugreifen und eine Erweiterung auf Grund der beiden Paragraphen (128 und 129) zu erwirken — natürlich mit obligater Straferhöhung.

Wir haben es hier mit unverschämtem Gesunkener — mit einem Key denuziatorischer Lügen zu thun.

Erstens ist es gelogen, daß die Polizei die Fäden und den Mittelpunkt einer geheimen Organisation für das Hamburg-Altonaer Verhaftungsbereich entdeckt habe — das ist gelogen und der Lügenner heißt Engel, Polizeikommissar von Altona, der den „Gang“ gemacht hat und nun die Gelegenheit zu seiner Selbstherrlichkeit benutzen muß.

Es ist ferner gelogen, daß Beweise für eine über ganz Deutschland sich erstreckende geheime Verbindung (im Sinne des Strafgesetzbuchs) entdeckt und insbesondere auch Belastungsmaterial gegen einige der Angeklagten des Freiburger Prozesses gefunden worden. — Das ist gelogen und der Lügenner heißt wiederum Engel, Polizeikommissar von Altona.

Die in Hamburg Verhafteten haben natürlich für ihre Handlungen einzustehen und die Folgen zu tragen. Was haben aber diese Handlungen mit dem Freiburger Prozeß zu thun? Wenn in Hamburg, wenn in jeder Stadt Deutschlands eine geheime Organisation im Sinne des deutschen Reichsstrafgesetzbuchs bestände, so wäre dies für den Freiburger Prozeß ohne alle und jegliche Bedeutung. Die Möglichkeit der Existenz solcher lokalen Geheimorganisationen ist von den Angeklagten ausdrücklich zugestanden und bei der absoluten Irrelevanz (Belanglosigkeit) der Thatfache ist auch von der Anklage gar kein Gewicht darauf gelegt worden.

Aber einige der Angeklagten des Freiburger Prozesses sollen persönlich kompromittirt sein — sagt der Lügen-Engel. Persönlich kompromittirt — wodurch? Durch Briefe, in denen sie ihre Zugehörigkeit ausdrücklich oder thatsächlich bekundeten? Oder wie sonst? Nur nicht gar zu dumm lügen, Sie Lügen-Engel!

Indes, der Lügen-Engel läßt doch nicht so ganz dumm, wie es aussteht. Er hat einen Gedanken, verfolgt einen Plan. Freilich einen Polizeigedanken und einen Polizeiplan. Der Lügen-Engel weiß noch (zum Theil aus eigener Erfahrung — denn er hat damals tapfer mitgeholfen), daß 1878 durch Polizeilüge die für die Rettung des verachteten Bismarck notwendige Amentalsstimmung erzeugt wurde — warum sollte sich nicht durch wohlorganisirte und wohlportirte Lügen jetzt Stimmung gegen die Opfer des Freiburger Prozesses und für das schmachvolle Freiburger Urtheil machen lassen? Wenn es möglich ist, dem Publikum die große Lüge aufzubinden, es sei dem großen Lügen-Engel nun endlich gelungen, der Sozialdemokratie auf die Schliche zu kommen und den Beweis zu liefern, daß sie wirklich eine Partei von Verschwörern ist — dann murrei kein Mensch mehr über das infame Freiburger Urtheil, dessen Infamie sogar den Polizeifreien einleuchtet; und die „öffentliche Meinung“ sagt sich: Haben die Freiburger Richter auch juristisch noch so sehr gefehlt, thatsächlich aber haben sie Recht gehabt und ihr Urtheilspruch hat Schuldige getroffen!

Und von diesem Gedanken geleitet, ging Lügen-Engel sammt seinen Helfern und Helfershelfern emsig ans Werk und ist fortwährend emsig am Werk.

Zwar wird ja die Lüge bald an den Tag kommen, aber eine Zeitlang hält sie doch vor, und inzwißchen wird das Freiburger Urtheil vom Reichsgericht bestätigt — denkt unser Lügen-Engel, der, ähnlich seinen Lügen, nicht ganz so dumm ist, wie er aussteht.

Nebenher verfolgt er noch einen zweiten, nicht minder würdigen Zweck: nämlich die Verdächtigung der Fachvereine und Gewerkschaften.

Man lese nur folgende Notiz, zu deren Veröffentlichung sich die „Magdeburger Zeitung“ hergegeben hat, und die jetzt von der gesamten Presse — natürlich auch der „Frankfurter Zeitung“ — gemüthlich nachgedruckt wird:

„Die Unternehmung gegen die verhassten Führer der Sozialdemokraten scheint großen Umfang anzunehmen. Man hat anscheinend jetzt die Fäden gefunden, mittelst welcher es voraussichtlich möglich sein wird, einen Einblick in die Organisation der Sozialdemokraten nicht bloß in Deutschland, sondern auch außerhalb Deutschlands zu erlangen. So viel aus den sehr geheimnißvoll geführten Bemerkungen an die Öffentlichkeit hervorgeht, war Hamburg die Finanzstelle der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland. Es hatten nicht weniger als 17 Freie Kassen für die verschiedenen deutschen Arbeiterzweige ihren Sitz in Hamburg. Mit der Verwaltung der Kassen war eine weitverbreitete Agitation in Deutschland verbunden; auch nach der Schweiz sollen namhafte Summen von Hamburg aus abgegangen sein. Im Zusammenhang mit der in Altona geführten Unternehmung gegen die Sozialistenführer soll sowohl die (schon gemeldete) Verhaftung des Nagelschmieds Schlichting in Schleswig, als die dieser Tage in der Vorstadt St. Pauli vorgenommene Verhaftung von drei Cigarrenarbeitern stehen. Letztere wurden ebenfalls nach Altona gebracht, während der Führer der Sozialdemokraten in Schleswig vorläufig dort vernommen wird.“

„Führer der Sozialdemokraten“, „anscheinend jetzt die Fäden gefun-

den", „Hamburg Finanzstelle der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland", nicht weniger als 17 freie Kassen" — o Spiegelberg, wir kennen Dich! Die „17 freien Kassen" sind, was unsern Lügen-Engel in die Polizeifasse nicht! Wenn man die „17 freien Kassen" mit einem klugen Griff in die Polizeifasse stecken und so das Puttkamer'sche Ideal verwirklichen könnte!

Nun — so leicht wird's doch wohl nicht gehen, denn Lügen-Engel's Lügen sind nur Lügen-Engel's fromme Wünsche, und selbst fromme Polizeiwünsche sind noch keine Erfüllung.

Der Staatsstreik in Bulgarien — wir sagen absichtlich nicht der bulgarische Staatsstreik, weil Bulgaren nur eine untergeordnete Rolle dabei spielten —, diese von Büttchen angezettelte „Revolution" hat ein überraschend schnelles Ende genommen. Die „Verschwörer" Er. Majestät des Zaren hatten den Handstreik sehr geschickt eingeleitet und den ersten Akt zur vollen Zufriedenheit ihres Herrn und Gebieters durchgeführt — man arrangierte sogar eine „begeisterte Demonstration des besetzten Volkes", die einen Potemkin zu Thränen gerührt hätte — aber ehe noch mit dem zweiten Akt: Kundgebungen im ganzen Lande nach obligaten Dankadressen an den gnädigen Zaren, begonnen werden konnte, da zeigte es sich schon, daß die lauberen Zuträgerinnen die Rechnung ohne den Wirth gemacht, und dieser Wirth heißt: das bulgarische Volk. Mit einer Entschlossenheit, die sowohl Büttchen an der Nema als auch Bismarck in Franzensbad einfallenlassen würde im höchsten Grade überraschte, erhob sich dieses, kaum daß ihm die Sachlage klar geworden, in seltener Einmüthigkeit, und heute befinden sich die Staatsfreischt bulgarischer Konstantin entweder hinter Schloß und Riegel oder flüchtig im Ausland. Letzteren wird zum Glück Büttchen ein Kipl ge- währt, daß sich die Schweiz täglich dagegen vertreiben muß — man wird in Zukunft nur noch von der russischen Kspolizei reden. Alexander von Battenberg aber, den die Gräuen, Zankow und Konstantin nicht nur gefürstet — was ja an sich nichts Unrechtes gewesen wäre —, sondern auch mit beispielloser Gemüthsantheit an Rußland auszulieferen hatten, ist jetzt, nachdem Büttchen ihn im ersten Schreck freigelassen, unter der allseitigen Zustimmung der Bevölkerung nach Bulgarien zurück- geföhrt.

Wir brauchen nicht erst besonders zu erklären, daß und die Persön- lichkeit des Battenbergers durchaus gleichgültig ist, und daß wir, wenn das bulgarische Volk aus eigener Initiative sich seiner entledigt hätte, für ihn höchstens genau dasselbe Mitleid empfunden haben würden, wie heute der Bourgeois für einen aus Lohn und Brod gejagten Prolet- tarius.

Im gegenwärtigen Moment aber verkörpert sich in ihm ein Prin- zip: das der Unabhängigkeit Bulgariens von der russischen Oberhoheit, und es macht dem Freiheitsstern und dem politischen Instinkt des bulgarischen Volkes wirklich alle Ehre, daß es sich von den russischen Sirenenangeln nicht betören ließ, sondern fest zu dem Repräsentanten seiner nationalen Selbständigkeit stand.

Eine kühnere Niederlage, als die der „Befreier-Zar" in dieser Affäre erlitten, ist nicht denkbar. Er hat es nicht verhindern können, daß das bulgarische Volk seine Stimme erhob, und trotz des Rubels auf Reisen hier diese einstimmig gegen ihn und seine Leute aus. Wiber Willen hat er der Welt den Beweis geliefert, daß das bulgarische Volk nichts, absolut nichts von ihm wissen will, und so sich selbst den Vorwand einer bewußten Intervention in Bulgarien unmöglich gemacht. Das ist ein Resultat, welches jeder freiheitlich denkende Mann freudig zu begrüßen alle Ursache hat.

Wir haben die erbärmliche Rolle, welche der Denker der deutschen Po- litik bei der ganzen Affäre gespielt, schon in voriger Nummer gekenn- zeichnet, und können heute zu unserer großen Genugthuung konstatiren, daß sich die gesammte öffentliche Meinung in Deutschland diesmal in gleicher Weise wie wir geäußert hat. Es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen, daß zum ersten Male seit langen Jahren sich in Deutschland eine allgemeine Opposition auch gegen die auswärtige Politik des Bismarck als auf diesem Gebiet als unerschütterlich angestammten Kampfers erhoben hat — das Ansehen Bismarck's als Diplomat hat in diesen Tagen einen Schlag erhalten, der nicht so schnell wieder weilt gemacht, mindestens aber auf viele eine sehr heilsame Wirkung ausüben wird. Das deutsche Volk hat sich bisher viel bieten lassen, aber eine Politik, die es zwingt, den berufsmäßigen Handlanger des despotischen Rußland zu spielen, geht ihm doch wider den Strich.

Nur die notorisch offiziellen Blätter haben den Versuch gemacht, Bis- marck's Verhalten zu beschönigen, und die Art, wie sie sich dieser Auf- gabe zu entledigen suchten, zeigte erst recht, wie deutlich sie fühlten, daß sie für eine verlorene Sache eintraten. Sie verlegten sich auf das platteste Schimpfen und Verdächtigen; die brave „Königliche Zeitung", dieses Or- gan des anständigen, gebildeten Bürgerthums, wußte sich so gar keinen andern Rath, als zum Stödergen Antisemitismus zu flüchten und die Entrüstung über die erlöste Kuffenrechtenschaft als Sache von „Moses und Cohn" hinzustellen. Wer durch diese Art der Verteidigung mehr gebrandmarkt wird, der, den man verteidigen will, oder der, dessen man sich dabei bedient, ist wirklich schwer zu entscheiden. Der Humor bei der Sache aber ist, daß zu den Blättern, die ihrem Verdrub über die unehrenhafte Haltung Deutschlands in der bulgarischen Angelegenheit unerschötenen Ausdruck gegeben, — auch du, mein Cohn, bei Moses und Cohn? — der antisemitische „Reichsbote" gehört! Das sagt ganze Hände.

Nichts kennzeichnet die Naiv- und Planlosigkeit des herr- schenden Systems gegenüber der Arbeiterbewegung deutlicher, als die jetzigen Verfolgungen der Fachvereine und Ge- werkschaften.

Während der Zeit des Attentatsjahres 1878 wurden diese systema- tisch von Oben herab begünstigt. „Es ist uns fern, so sagten die Herren Sozialistenführer, „den Arbeitern irgendwie zu nahe treten zu wollen; unsere Absicht ist einzig, sie aus den Klauen der abschüchlichen Demagogen zu befreien, welche die braven und ordnungsliebenden deut- schen Arbeiter auf das politische Eis gelockt haben. Das, worauf es dem Arbeiter ankommt, ist, daß er seine materielle Lage verbessere. In diesem Bestreben wollen wir ihn mit allen Kräften unterstützen. Mögen die Arbeiter sich über ihre Interessen klar werden, mögen sie dieselben in Versammlungen und Vereinen besprechen und fördern — wir wünschen nichts schärlicher — nur von der bösen Politik sollen sie die Finger lassen. Denn von der Politik verstehen sie nichts. Die Politik ist nur für die großen Herren, welche die gültige Vorlesung an die Spitze des gott- und fürstendegnadeten deutschen Volkes gestellt hat."

In zahllosen Reden, Zeitartikeln, Flugchriften und Büchern wurde dieses Lied heruntergeleiert; und die deutsche Polizei gab den Kommen- taren dazu, indem sie alle politischen Arbeitervereine und Arbeiterorgani- sationen zerstörte, die Gründung unpolitischer aber gemährten ließ, sogar positiv begünstigte. Insbesondere die preussische Polizei, welche zwar nicht an der Spitze der Jbidivisation, aber doch der deutschen Polizei marschirt, besetzte geschicklich diese Lücke und ging damit den bundes- staatlichen „Kollegen" voran, die vielfach erst durch das Beispiel der preussischen „Chefs" belehrt werden mußten.

Es ist eine Thatsache, daß nach dem Inkrafttreten des Sozialisten- gesetzes die Fachvereine und Gewerkschaftsbewegung bald einen außerordentlichen Aufschwung nahm — die von politischen Zielen gewaltsam abgedrängten Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter- klasse machten sich theilweise auf dem gewerkschaftlichen Boden Luft. In Frankreich erlebten wir nach dem Juniaufstand, dessen blutige Niederwerfung die politischen Hoffnungen des Proletariats auf Jahre hinaus vernichtete, genau dasselbe Schauspiel — der Strom der Arbeiter- bewegung wurde in das gewerkschaftliche Fahrwasser gedrängt.

Natürlich ließen die deutschen Arbeiter sich durch die heuchlerischen Liebeserklärungen der Arbeiter und Volksredner des Sozialistengesetzes keinen Augenblick täuschen. Sie wußten sehr genau, woran sie waren, und warfen sich in die gewerkschaftliche Bewegung, überzeugt, daß jede Arbeiterorganisation das Klassenbewußtsein der Arbeiter schärfen und dem Klassenkampf dienen müsse.

Der „geniale" Nichtswisser Bismarck und sein gleich geist- und kenn- nischer Puttkamer hatten hiervon natürlich keine Ahnung, und als sie endlich dahinter kamen, wie grausam sie sich verrechnet hatten, da wußten sie in ihrem ohnmächtigen Jorn nicht, was sie alles thun sollten. Der famose Puttkamer'sche Streik-Erlaß nebst dem ebenso famosen Versamm- lungswas das nämlichen Individuums sind Ergüsse dieser kindischen Wuth, die in solch grotesken Vorurtheilen, wie der Maßregelung

und Verurtheilung des Bauers Pinkernelle einen praktischen Ausdruck gefunden haben.

Dem Bauer Pinkernelle hatte, wie unsere Leser wissen, der Polizei- präsident in Hannover die Freiheit zu sagen, er solle sich von der Agitation fernhalten, denn er verstehe nichts von Politik. Ein Vorwurf, der jedenfalls dem betreffenden Herrn Beamten mit zehnfacher Berech- tigung zurückgegeben werden kann. Der Mann versteht offenbar nichts von Politik, denn sonst würde er nicht die Unvorsichtigkeit begangen haben, einen Arbeiter, der bisher bloß in der Fachvereinsbewe- gung thätig gewesen war, gerade durch seine Ver- urtheilung auf das politische Gebiet hinüberzu- drängen.

Die mystische Grenzlinie, die nach der Phantasie der Puttkamer und Konfanten zwischen den reinen Arbeiterbestrebungen und poli- tischen Bestrebungen, mit anderen Worten: zwischen erlaubter und unerlaubter Arbeiterorganisation bestehen soll, besteht eben nur in den Schädeln der Puttkamer und Konfanten; jeder Versuch, diese Linie in Wirklichkeit zu ziehen, muß zur lächerlichsten Willkür werden.

Und was ist das thätigliche Ergebnis dieses neuesten Feldzugs gegen die Fachvereine und Gewerkschaftsbewegung? Daß den Dunderkauten von geistig weniger regelen Arbeitern, welche die Nothwendigkeit des politischen Emanzipationskampfes noch nicht vollständig begriffen hatten, jetzt der Staat gründlich gestochen wird, und jeder Arbeiter, der seine Lage verbessern will — und welcher Ar- beiter will das heutzutage nicht? — in den politischen Kampf getrieben, das heißt der Sozialdemokratie zugeführt wird!

Wir haben also alle Ursache, mit den verrückten Experimenten und Kennsprüngen der Puttkamer und Konfanten recht zufrieden sein. Und so blöde die Herren auch für die Tischen der Zeit sein mögen, sie werden wohl noch in empfindlicher Weise auf dieselben aufmerksam gemacht werden, daß ihnen schließlich doch ein Schimmer der Wahrheit aufdämmern dürfte.

Meist heißt's dann freilich: zu spät!

„Es ist bitter, wenn man sich bei Bekämpfung solcher Rücksichtlosigkeiten — die Sozialdemokratie ist gemeint — von Ständes- gleichen, von Männern der gleichen Bildung und des gleichen Standes das Leben nur lauer machen lassen." Mit diesen, nicht sehr korrekt zusammengefügten, aber treu wiedergegebenen Worten wandte sich bei einem der letzten Leipziger Sozialistenprojesse der Staatsanwalt Hän- schel an einen der Beschuldigten, der sich die Freiheit genommen hatte, ihn und seine fabelhaften Staatsanwalts-Argumente auf den Sand zu setzen. Der naive Kuckuk ist nach zwei Seiten hin interessant. Einmal insofern er zeigt, daß noch der brave Staatsanwalt Meinung „Seinestgleichen", d. h. die Mitglieder der herrschenden Klasse, gegen die Arbeiter zusammenhalten müssen. Und zweitens sehen wir daraus, daß der Leipziger Herr Staatsanwalt es für die Pflicht eines Beschul- digten hält, seinen Klienten an das staatsanwaltschaftliche Messer zu lie- fern. Jedenfalls liegt in dieser interessanten Reue die Geständnis, daß die heutige Klassenjustiz eine Justizfarce ist. Und für dieses Geständnis sind wir Herrn Hänchel recht dankbar.

Bei der Nachwahl im Kreise Pauenburg haben erhalten: Berling (deutsch-freimüthig) 3510 Stimmen, Graf Bernstorff konservativ 2909 Stimmen und Rollenhuhr (Sozialdemokrat) 668 Stimmen. Gegen die Wahl von 1884 haben die Konservativen 1685 Stimmen verloren, die Freimüthigen 794 „ gewonnen, die Sozialdemokraten 621 „ gewonnen.

Bei Allgemeiner Abnahme der Wahlbetheiligung hat einzig und allein unsere Partei einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Nur einmal, und zwar zur Zeit der Hochthat der sozialistischen Agitation im Jahr 1877, hatte unsere Partei in jenem Kreise eine größere Stimmenzahl zu ver- zeichnen als diesmal, nämlich 1710 Stimmen, die auf den verstorbenen Genossen Geil entfielen. Aber schon 1878 sank die Stimmenzahl auf 347, 1881 wurden gar keine und 1884 nur 47 Stimmen für uns ab- gegeben, so daß das diesmal erreichte Resultat als ein erfreuliches Zeichen neuen Vormarsches begrüßt werden darf. Und diesmal stand uns, was im Jahre 1877 nicht der Fall, ein Kandidat der äußersten rechtsgerichteten Opposition gegenüber — gar nicht zu reden von poli- tischen Chikanen ärgster Art, wie sie das Sozialistengesetz nur mit sich bringen kann!

Eine Lüge augenagelt. Wir lesen in „Recht voor Allen", dem Organ unserer niederländischen Genossen:

„In einer der deutschen Zeitungen stand bei Gelegenheit des Auf- truchs in Amsterdam ein Telegramm, das sozialistische Parteiorgan „Recht voor Allen" habe erklärt, daß die Sozialisten nicht ruhen werden, bis die Städte Hollands in Flammen aufgegangen. Stärker zu lägen ist wohl unmöglich. Von dieser Notiz gilt auch das be- kannte: „Geflogen wie telegraphisch". Wer weiß, ob nicht Bismarck oder sein Adjutant Puttkamer, die vielleicht solche Nachrichten fabriziren lassen, um sich auf sie berufen zu können, in einiger Zeit im Reichstag von dieser Lüge Gebrauch machen. Man sei daher gewarnt und wisse, daß es eine schändliche Lüge ist."

Ob bestellte Arbeit oder nicht, jedenfalls war das betreffende Tele- gramm Reptilienfabrikat, was natürlich nicht hindert, daß es auch von derjenigen Presse, die sich auf ihre Unabhängigkeit etwas zu Gute thut, getreulichst kolportirt wurde. Wenn uns unser Gedächtnis nicht sehr täuscht, so begegneten wir ihm zum Beispiel auch in der „Frankfurter Zeitung". Immer wieder können wir Dirjenigen, denen es mit der Bekämpfung des Bismarck-Puttkamer'schen Systems Ernst ist, nicht dringend genug vor dem Unlag warnen, der heute mit Telegrammen und Korrespondenzen aus dem Ausland durch Stipendien des Reptilienfonds betrieben wird, und der um so gefährlicher ist, als er sich in die Form objektiver Berichterstat- tung hüllt.

Was im Reiche der Gottesfurcht und frommen Eitle in Pankto Kuffenthum und Hyganismus heute alles geleistet wird, das grenzt nachgerade an's Jubelhafte. Man höre nur, was uns neuerdings aus Plauen im sächsischen Voigtland berichtet wird:

Plauen, 26. August. Es wird immer schöner in unserm schönsten aller Vaterländer. Kommt da gestern der alte Albert, von Bismarck's Gnaden „König von Sachsen", nach Plauen, was den biedern Landeskindern es zur Pflicht machte, ihre übliche Begrüßung in der üblichen Weise zum Ausdruck zu bringen. Auch unsern Genossen Christensen, der sich seit seiner Ausweisung aus Berlin hier niedergelassen hat, ward die Zu- weiflung gestellt, die Fenster seines Zimmers zu illuminiren, was der- selbe jedoch unter Darlegung seiner Gründe schneid ablehnte. Darob große Verlegenheit des Hausbesizers, des Geldprohen Ludwig Teufcher, ein Ultrareaktionär, wie er im Duche steht. In seiner Noth schickte dieser Biedermann, als richtiger Deutscher, nach der Polizei und fragt an, was er thun soll. Die heilige Hermandad ist natürlich bis ins Innerste empört und rüht dem strebsamen Hausbesizer, wenn Christensen durch- aus nicht Bernunft annehmen wolle, die Lichter von außen an der Mauer anbringen zu lassen.

Und so geschah es denn auch. Der Markthelfer Klettert mit Hilfe einer Leiter bis zu den Fenstern des Biederpsindigen empor und plagierte überall kleine Töpfe mit Tealochien, die angehängt einen ganz entsetzlichen Gestank verbreiten. Hier solcher Töpfe stellt er auch dem Genossen ins gedönnete Fenster, wogegen dieser selbstverständlich ganz entschieden pro- testirte. Aber der Markthelfer erklärt, dazu beordert zu sein und weigert sich, die Töpfe zu entfernen. Genosse Christensen läßt darauf die Lichte aus und erklärt, daß er diesen Gestank nicht in der Stube haben wolle. Aber das Auge des Gelezes wacht. Sofort besetzen zwei Schupfleute den einzigen Ausgang des Hauses, zwei andere bereitstehende Schupfleute verhaften den Genossen Christensen als Raatsgefährlich und transportiren ihn nach der Wache, wobei der bereits in Nr. 4 dieses Jahr- gangs gekennzeichnete Schutzmann und Rathsherr Hahn hinter ihm her schimpft: „Warte nur, Bürrschen, jetzt haben wir Dich endlich, jetzt wollen wir Dich bald aus Plauen hinaus haben!" Auf der Wache wird Christensen auf Betreiben des Schutzmanns Schmalfuß, nachdem ihm seine Taschen in brutalster Weise durchsucht worden, in eine ver- finsterte Verbrechertulle gesperrt, da er nicht zu wissen brauche, was in der Wachtstube passiert. Herr Schmalfuß mag wohl seine

Gründe dazu haben, das Treiben auf der Wachtstube vor fremden Blicken zu bemahren.

Nachdem Christensen ungefähr 3 Stunden gebremmt hatte, wurde er vor den wachhabenden Polizeioberinspektor Schwarztopf geführt, der ihm die lakonische Eröffnung machte: „Ich bin der Polizeioberinspektor Schwarztopf, ich habe Sie verhaften lassen, damit anläßlich des Einzuges unseres allverehrten Monarchen keine Störung der öffentlichen Ruhe und Ord- nung durch Sie eintrete. Jetzt ist der Akt beendet, und Sie sind also entlassen." Als Christensen etwas erwidern wollte, wurde er von einem Schutzmann hinausgeführt, denn — der Mann ist entlassen.

Also vorfichtlich aus seiner Wohnung herausgerissen, auf drei Stunden eingesperrt und wie ein gemeiner Verbrecher behandelt, bis der Akt vorbei ist. — Es lebe der Rechtsstaat! Es lebe die sächsische Ge- mütlichkeit! Hoch der Nordpatriotismus!

Es lebe der Rechtsstaat — allerdings. Nach § 341 des Reichs Straf- gesetzbuchs ist ein Beamter, der jemand widerrechtlich seiner Freiheit be- raubt, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu be- strafen. — Herr Schwarztopf wird aber nicht bestraft werden, sondern einen Orden und Beförderung erhalten. In Pauen richtet man sich nach dem Idealstaat Rußland, und in Sachsen — ist es ebenso.

Die Gleichheit in der Bourgeoisgesellschaft. Die die Blätter berichten, ist der Wiederaufbau der großen Glas- fabrik von Dandoux, die bei den Mürgenruhen in Belgien ver- sündet worden war, fast vollständig beendet. Hinzugefügt wird, daß die 500 Arbeiter, die an den großen Oefen arbeiten, mehr als 600,000 Franken verloren haben. Herr Dandoux ist von der belgischen Regierung für die Vernichtung seiner Fabrik entschädigt worden. „Warum", fragt unser Bruderorgan „Recht voor Allen", „warum kriegen die 500 Mann nicht gleichfalls eine Entschädigung für den Lohn, den sie entbehren mußten? Bei gleicher Behandlung aller vor dem Gesetz besteht kein einziger Grund, warum der Eine Entschädigung erhält und die Anderen nicht, die Bourgeoisregierung aber entschädigt den Bourgeois und läßt die Arbeiter laufen. Beweist das nicht, daß wir in einem Klassenstaat leben?"

Ganz richtig. Wann hätte z. B. der heutige Staat, der den Bourgeois so reichliche Entschädigung für alle Verluste spendet, die ihnen durch staatliche Reueurungen erwachsen könnten, sich je dazu herbeigelassen, die Arbeiter, die doch durch staatliche Neu-Einrichtungen oft noch viel härter betroffen werden, schadlos zu halten? Um sie kümmert sich kein Teufel, höchstens gibt man ihnen, wenn das Elend zu schreien wird, ein Al- mosen — als generelle Unterlügung, beileibe nicht als Anerkennung eines Rechtsanspruches. Ein Recht zu fordern hat nur der Besessene, der Bourgeois, der von Anderer Arbeit lebt; der Arbeiter hat höchstens das Recht zu bitten, aber auch das nur in Ausnahmefällen. Sonst — mach, in's Loth!

Der Loth der Hohenzollern ist sprüchwörtlich, so daß es eigentlich Wasser in's Meer gießen heißt, zu den vielen Beispielen für diese Idealitend vorurthümlichen Spielbühnen neue zu registriren. Doch wollen wir heut einmal eine Ausnahme machen und eine sich mit diesem Thema beschäftigende Notiz der „Freimüthigen Zeitung" auch unsern Lesern mittheilen. Das Organ des Führers der liberal-demo- kratischen Opposition schreibt:

„Wie haushälterisch Kaiser Wilhelm auch in den kleinsten Dingen ist, dafür sprechen zahlreiche kleine Züge aus seinem Privat- leben, die in die Oeffentlichkeit dringen. So ist es ziemlich bekannt, daß der Kaiser die Umschläge der an ihn gerichteten amtlichen Briefe zu seinen Briefen und Erlässen an die Ministerien oder an sein Kabinett noch niemals verwendet. Wir hatten dieser Tage, so schreibt die Bäderzeitung „Konfordia", wieder Gelegen- heit, ein solches Kouvernt mit des Kaisers Handschrift zu sehen. Wie alle von den Ministerien und Reichämtern direkt an den Kaiser gehen- den Schriftstücke, war auch das in dem Kouvernt enthaltene nicht ge- brochen, sondern in vollen Bogen in ein Großfolio-Kouvernt gefaltet, welches in der Mitte die Kuffchrift trägt: „Seiner Majestät dem Kaiser und Könige." Links in der Ecke befindet sich in kleiner Schrift der Name des Adressaten, also etwa „Auswärtiges Amt". Auf der Rückseite war das in Rede stehende Kouvernt mit rothem Lacksegel geschlossen. Bei der Öffnung trennt der Kaiser den oberen dreieckigen Ueberzug des Kouvernts unmittelbar neben dem Siegel mit kurzem Riß ab. Bei der Wiederbenützung schreibt der Monarch dann über die Worte „Er. Majestät dem Kaiser und Könige" das Wörtchen „Von" und unter die erwähnten Worte die Adresse; in dem uns bekannten gemordenen Falle hieß die letztere: „An den Geheimen Kabinetstrath v. W." Der Wiedererschluß des Kouvernts er- folgt in der Weise, daß der Kaiser dasselbe an der oberen Seite nach rückwärts so weit umschlägt, daß das späte Ende des durch den Riß losgelassenen Dreiecks das ursprüngliche am Rande bedeckt, dann träufelt er auf und neben dasselbe eigenhändig Siegel auf, um den Riß zu bedecken, und drückt schließlich seinen eine Königskrone zeigenden Ring darauf, der ihm als Petschaft dient. Die in diesen nebenstehenden Dingen sich kundgebende Sparsamkeit und haushälterische Sorgfalt gehört eben zu den Grundzügen unseres ehrwürdigen Kaisers."

Man lasse sich durch die lokale Form nicht betören, sie ist nur durch die Rücksicht auf den Staatsanwalt gemütht. Thatsächlich ist die Notiz eine verdeckte Satyre, denn so wenig müthig Herr Eugen Richter auch stets da ist, wo es sich um das Hohenzollern'sche Kaiserthum handelt, so erbärmlich feroc ist er denn doch nicht, eine, gelinde gesagt, Mitleid erweckende Schwäche als Mittel der Reklame zu benutzen.

Das Schelmenstück, welches die „drei Kaiser", das heißt die auserwählten Vertreter des Ordnung's und Legitimitätsprinzips, soeben in Bulgarien ausgeführt haben, ist — so schreibt man uns — in noch weit höherem Maße als die Absetzung des Königs von Bayern geeignet, die Völker über das wahre Wesen des Monarchis- mus und der Monarchisten aufzuklären. Wie muß es um die „Mo- rali" dieser höchsten und allerhöchsten Vertreter des Legitimitätsprin- zips bestellt sein, wenn sie zu Praktiken sich versteigen, die bisher nur von montenegrinischen Hammeldieben und griechi- schen Klephten geübt wurden! Und wie muß es um das mono- archistische Gefühl dieser obersten Vertreter des Legitimitäts- prinzips bestellt sein, wenn sie einen Fürsten, einen ihres Gleichen, der ihnen nicht gefällt — vernünftlich weil er ein relativ anständiger Mensch ist — überfallen, sequestriren und entführen lassen, genau wie die griechischen Klephten einen Reisenden wegsangen, für den sie ein Lösegeld erheben wollen.

Nun — die Moral wollen wir bei Seite lassen; wir möchten aber vom Zweckmäßigkeitstandpunkt aus an die Urheber jenes allerhöchsten Schelmenstücks die Frage richten, ob sie bei den jetzigen schweren Zeitläuften es für klug halten, den Völkern so handgreiflich zu zeigen, wie man einen Fürsten loswerden kann? Was insbesondere die russischen Revolutionäre anbelangt, so werden sie über den praktischen Unterichismus im Nihilismus, den „Bürrschen" nebst seinen misanthropischen Helfers- helfern ihnen zu geben die Gewogenheit gehabt hat, nicht wenig er- baut sein und — vielleicht gelegentlich beweisen, daß sie etwas ge- lernt haben.

Die Erkenntnisse im Freiburger Proceß werden den Verur- theilten gedruckt zugestellt — eine Prozedur, die bis jetzt vereinzelt dastand. Uebrigens war am 20. August dem Genossen Kuer sein Er- kenntnis noch nicht zugestellt worden. Die Freiburger Richter scheinen zu vergessen zu haben, die Polizei, mit der sie ja sonst auf so gutem Fuße stehen, um seine Adresse zu fragen.

Wie man im Lande der Niedertracht und Heuchelei der Jugend — Moral beibringt. Wir lesen in unserem Bruder- organ, dem Bränner „Volksfreund":

„Religiös-sittlich — so lautet die Devise unserer nach den Intentionen der Frommen „verbesserten" und noch weiter zu „verbessern- den" Schule.

Welche sonderbare Nebenblüthen diese „fromme" Richtung zu Tage fördert, beweist unter Anderem ein, in den westlichen Vororten Wiens in den Papierhandlungen zum Verkauf an Schulführer aufsteigendes Preberzeugniß, unter dem vielerlei verkehrten Titel „Beichtspiel für Kinder". (Druck und Verlag von E. Br. Rudolf'sheim, Dreihaus- gasse 16.)

Benannter „Beichtspiel" ist aber soll ein Befehl sein zur Vorbereitung

tuna der „heiligen Weichte“, eine Anweisung zu dem für Kinder so schweren Werke der „Gewissensforschung“.

Zu diesem Behufe stellt unser „Weichspiegel“ nicht weniger als 99 Fragen an unsere liebe Jugend.

Recht allen möglichen und unmöglichen, zum Teil für Schulkinder unverständlichen Fragen folgen aber auch Fragen sehr bedenklicher Art. Für was für einen argen Sündenbock muß sich so ein Schulkind halten, wenn ihm 99 mögliche und unmögliche „Sünden“ vorge-„spiegelt“ werden? Was versteht beispielsweise ein Kind von Standespflichten, wie eine darauf bezügliche Frage lautet: „Habe ich meine Standespflichten erfüllt?“ Oder die sehr geistreiche Frage: „Habe ich eine Lieblings-sünde? Welche ist es?“ Klingt auch nicht übel. Wie überhaupt noch manches Sträußchen Unsinns dieses Genres zu binden wäre.

Es ist besonders dazu geeignet, das Ehegefühl des Kindes vor sich selbst zu hüten, erhebt folgende Frage: „War ich niederträchtig?“ (1) Wie schon bemerkt, befinden sich in diesem sauberen Nachwort noch Fragen ganz bedenklicher Art. Es sind dies folgende fünf Fragen:

- „Habe ich an unreinen Gedanken Wohlgefallen gehabt? Wie oft?“
- „Habe ich solche eingewilligt? Wie oft?“
- „Habe ich unsittliche Worte gesprochen? Wie oft? Vor Anderen?“
- „Habe ich Schändliches gerne angesehen? Wie oft?“
- „Habe ich Unsittliches getan? (1) Was? (2) Wie oft? (3) Allein, oder mit Anderen? (4)“

Daherartige Fragen geradezu wie moralisches Gift auf das Gemüth des Kindes wirken müssen, wird jeder vernünftige Mensch einsehen.

Und solch ein edelhaftes Sudelbing darf frei und unbehindert an Schulkinder verkauft werden. Aber freilich, es ist ja kein „gemeingefährliches“ sozialdemokratisches Propagandum — es ist ja ein gewissermaßen, fast scheint es so, „freiwilliges“ religiös-sittliches Erziehungsmittel für das Volk — für dasselbe ist eben das Schlechteste gut genug. Es geht nicht über religiös-sittlich!

— Wichtigste Anmerkung. Wir erhalten von parteigenösslicher Seite folgende Zuschrift:

„Die Nr. 34 des „Sozialdemokrat“ enthält eine Notiz: „Gewappelte Zeitungsblätter“, in welcher behauptet wird, die Münchener Journalisten hätten auf eigenes Ersuchen politische Legitimationskarten erhalten. Diese Behauptung ist eine durchaus unbegründete. Die Sache verhält sich vielmehr so, daß die Journalisten zum Zwecke der Unterdrückung des „Schweizergeißel“-Namens ein Syndikat gebildet haben, welches den Berichterstatter von sich aus Legitimationskarten erstreckt. Die Polizeidirektion ist nur ersucht worden, ihre Organe zur Anerkennung dieser Legitimationskarten anzuweisen. Damit fallen auch die Schlussfolgerungen des Artikels. Man muß der Wahrheit die Ehre geben, und ich ersuche Sie um Berichtigung.“

Wir kommen diesem Gesuch gern nach und bemerken nur noch, daß die demängelte Notiz uns von einer Seite zugegangen war, bei der wir genaue Kenntnis des Sachverhaltes voraussetzen zu dürfen glaubten.

— Genosse Liebnacht tritt in diesen Tagen seine Reise nach Amerika an, um gemeinsam mit Dr. Edm. Kveling auf Einladung der dortigen Genossen in den Hauptstädten der Union Vorträge über die sozialistische Bewegung zu halten. Liebnacht fährt am 4. September mit dem Dampfer „Serbia“ der Cunardlinie von Liverpool fort und gedenkt bis zur letzten Woche des November drüben zu bleiben. Briefe u. s. für ihn sind von jetzt ab an Genosse

W. L. Rosenberg,
261 East Tenth Street
New York City

zu korrespondieren.

Korrespondenzen.

Berlin, 24. August. Wie der heutige Polizeistaat die Brutalität in jeder Weise achtet, das zeigte sich wieder recht deutlich bei dem am 15. August stattgefundenen Begräbnisse eines unserer Parteigenossen, wofür sich die modernen Ordnungsbengel in echt bantienmässiger Weise, getreu der Meinung ihres pfiffigen Oberhandliten und Hauptmanns Nichtstuns, als Ritter des Staates der Gottesfurcht und frommen Sitte aufspielten.

Wie schon oben erwähnt, fand am 15. August das Leichenbegängniß eines unserer Genossen statt. Schon bevor die Leiche auf den Wagen geladen war, und ehe noch sich der Zug in Bewegung setzte, stellten sich schon die Diener seiner Heiligkeit des unfehlbaren — Polizeidirektors zur „Bedeckung“, will sagen Bewachung, der Leiche und des Trauergefolges ein, imphirteten dann in üblicher Weise, als ob sie mit einer Abtheilung Rekruten nach dem Exerzierplatz auszurücken beabsichtigten, die Anzüge, damit ja nicht die revolutionäre Farbe, und sei es auch nur in Form von Blumen oder rothen Schleifen, sichtbar werde.

Unter Begleitung dieser Tagelöhne bewegte sich der Zug bis zum nahegelegenen Schöneberg, wo wir von dortigen Gensdarmen und Polizisten empfangen wurden, die sich zu beiden Seiten postierten und uns bis auf den Kirchhof begleiteten. Anfangs blieb der Zug unbefelligt, trotz der rothen Blumen, die sich einige Genossen wieder angeheftet hatten. Als wir aber am Ende des Dorfes angelangt waren, traten auch die Schöneberger Säulen des geeinigten Deutschlands in staatsretterliche Aktion, indem sie zunächst dringend die Entfernung der Abzeichen verlangten, welchem Verlangen auch — da Widerstand zwecklos — Folge gegeben wurde. Am Grabe angelangt, wurde im Gebränge heimlich eine rothe Schleife an dem einen Kranze befestigt; ein Mitglied des Arbeiterbundesvereins, dem der Verstorbene angehört hatte, warf denselben mit den Worten in die Gruft: „Im Namen der Befreiungsgenossen des Verstorbenen lege ich diesen Kranz nieder!“ — Schon bei den ersten Worten und kaum daß sie die rothe Schleife erblickten, griffen unsere Polizeihelfer in eine nicht gelinde Rafferei und warfen sich in wilder Wuth auf den Klientel. Zum Glück trennte sie das Grab von ihren Opfern, und durch die Menge wollten sie jedenfalls nicht hindurch, da Kirchhofskrawalle anrühlich geworden. Wuthentbrannt mußten sie deshalb von ihrem Vorhaben ablassen. Erst nachdem noch einige Genossen und Genossinnen dem Verstorbenen einen Nachruf gewidmet, welcher der Zug in imposanter Anse die Stätte der Pietät. Aber provoziert sollte und mußte noch etwas werden; so ganz ohne ein Bißchen Standal durfte die Feiertlichkeit nicht verlaufen, auf daß man den Unkundigen wenigstens sagen könne: Seht, so verwohnen ist jene Klasse von Menschen.

Wir waren, nachdem wir wieder in Schöneberg angelangt, in ein dortiges Lokal gegangen; Niemand nahm dort Anstoß daran, daß der oder jener von uns eine Rose oder Nelke im Knopfloch trug, die wir uns wieder anzusehen gestattet hatten. Aber auch hier schienen die Blumen „gemeingefährlich“ zu wirken, denn plötzlich durfte kein Bier mehr verabfolgt werden, und „man“ verlangte, die Blumen sollten entfernt werden, was natürlich einige Blumenfreunde nicht für so bringend notwendig hielten. Sofort wurden drei Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten, denen man ihrer Nationalität und 15 Pfg. — Schlafgeld abgenommen, kamen erst anderntags mit blutunterlaufenen Augen und mit Spuren brutaler Mißhandlung auf dem Rücken wieder frei. Man hatte auf der Wache gefäßelmeiert.

Jedenfalls wird die Sache vor dem Strafrichter zur Verhandlung kommen, aber was man von unseren Herren Richtern zu erwarten hat, zeigen uns die neuesten Vorgänge im deutschen Vaterland. Es bedarf wahrlich fast einer übermenschlichen Ruhe, um derartige Brutalitäten und Rohheiten mit anzusehen, wie sie in unserer Zeit byzantinischer Hundsfotterei und Speicheldeckerei erfunden und vollführt werden. Das ganze System jenes liegenschaftlichen Staatshausmachtes, das jede freihethliche Regung im Volke erstickt, wenn nicht schon ein anderer Hauch die Geister belebt, verdrängt sich in diesem professionsmäßigen Humpel der Polizei. Sabelmeister in Frankfurt a/M. und Knäppel aus dem Saß gegen wehrlose Gefangene loslassen. Herunter vom Siegesfahnen im Thiergarten mit „Lotten“, fort mit

dem Lorbeerkranz aus ihrer Hand und hinein mit dem Knäppel, dem einzig zutreffenden Symbol preussisch-deutscher Erregungschaften!

Ein gemüthlicher Rother.

Spremberg, 24. August. Wie schon in Nr. 25 berichtet wurde, hat Spremberg in Folge des Singens der zur Stellung Eingezogenen einen Wechsel im Polizeidienst erfahren; Sergeant Schilling mußte um seine Pensionierung einkommen. Diese Aenderung hat sich nun noch weiter ausgedehnt, auch der Sergeant Richter hat am 1. August seinen Dienst quittirt, ebenso der Fuhr-Gensdarm Reuter.

Der brave Hubrich war nämlich zum ersten Voligist avancirt, was sich Richter, der länger im Dienst war als Hubrich, nicht gefallen ließ. Hubrich hat Dank seiner glänzenden Leistungen als staatsretterlicher Kramall-provolant jetzt 24 Mark Gehalt mehr als früher. So lohnt das System Puttkamer seine Heiden. Wir kommen weiter unten nochmals auf Spremberg zurück.

Unsere Polizeiverwaltung besteht augenblicklich aus: Wirth, Bürgermeister und Premieutenant der Kavallerie; Sommer, Polizeiwachmeister (ist um seine Pensionierung einkommend, von der Stadtbestellung jedoch zurückgewiesen worden); Hubrich, Vice-Wachmeister der Kavallerie; Reiter, Sergeant der Infanterie, hat sich aber schon wieder weiter gemeldet. Ebenso ist der Hise-Jelwibel Fieger, welcher vierzehn Wochen hier Dienst that, bereits wieder verschwunden. Inzwischen ist nun auch Herr Hubrich der Boden unter den Füßen zu heiß geworden, derselbe kommt, wie verlautet, nach Kachen. Das sind doch gewiß nette Zustände. Und wir finden es wirklich begreiflich, daß kein Mensch, der noch einen Funken von Ehrgefühl besitzt, sich zu solchem Schergenienste, wie er hier verlangt wird, gutwillig hingibt.

Während dieses ganzen Wechsels in den oberen Regionen schnüffeln die beiden Gensdarmen, welche hier lediglich die Ueberwachung der Sozialdemokraten zu besorgen haben, lustig weiter. Ueberall in der Stadt wie auf den Dörfern, wo ein paar Leuten Vogelstippen oder sonst eine Lustbarkeit abhalten, ist auch so ein Gensdarm zur Stelle. Die Burschen stehen da wie die besoffenen Hunde. Und hier möchten wir unsern Genossen von Spremberg zurufen: Würdigt diese traurigen Subjekte keines Blickes, geschweige denn eines Wortes. Es ist Gefindel, das dessen nicht werth ist.

Nun wieder zurück zu unserm Hubrich. Dieser Puttkamer'sche Rasterbeamte hat, seitdem er hier thätig ist, fortwährend auf dem Gerichte zu thun. Bei jeder Schöffengerichtsverhandlung hört man den Namen dieses Feinden. Oft haben schon Angeklagte behauptet, daß er falsch geschworen, jedoch schloß es bisher immer an Zeugen, ihm das Handwerk zu legen. So war es auch wieder in einer hier vor kurzer Zeit verhandelten Affäre der Fall.

Die Tuchmacher Friedrich Köhler und Wilhelm Friedel hatten eines Sonntags auf der Tuchmacher-Herberge einen Konflikt mit noch einigen Arbeitern, wobei die Leuten sich schließlich in die Haare gerieten. Doch muß der Lärm nicht zu groß gewesen sein, denn darüber wohnt der Polizeiwachmeister Sommer, und dieser hatte, trotzdem er zu Hause war, von dem ansehnlichen Standal nichts gehört. Dennoch erschien Hubrich, machte der Behörde Anzeige, und Köhler sowie Friedel sollten wegen ruhestörender Lärms während des Gottesdienstes 15 Mark Strafe bezahlen. Da sie aber keinen Lärm gemacht und am allerwenigsten während des Gottesdienstes, so erhoben sie Widerspruch. Die Angelegenheit beschäftigte das hiesige Schöffengericht, und Hubrich beschwor, daß er den Standal schon von 100 Schritt weit gehört und dazu während des Gottesdienstes. Infolge dessen befristigte das Gericht die von der Polizei verhängte Strafe. Hiergegen legten die Verurtheilten Berufung ein, und die Sache wurde dieser Tage vor dem Landgericht zu Kottbus verhandelt. Fünf Zeugen der Angeklagten beschworen, daß der Standal nicht derart gewesen, daß er in 100 Schritt Entfernung hätte vernommen werden können, und daß die Geschichte überhaupt nicht während des Gottesdienstes, der hier schon seit mehr als 100 Jahren erst um 2 Uhr beginnt, sondern um 1 Uhr vor sich gegangen sei. Daraufhin wurde Köhler und Friedel freigesprochen und Hubrich — klüft wieder in Spremberg als Diener der öffentlichen Ordnung herum.

Herr Staatsanwalt Hauke, wo sind Sie? — Herr Staatsanwalt! — Kein Mensch hört etwas. Herr Staatsanwalt! Der Mann hat falsch geschworen! Hören Sie, Herr Staatsanwalt Hauke? Oder ist dies etwa auch ein Söder-Eid? Wir fragen Sie, Herr Staatsanwalt, haben Sie keine Einsicht in die Akten genommen? Dann bitte, nehmen Sie dieselben sofort, aber nicht in Puttkamer'schem Sinne, zur Hand. Sie wollen nicht? Nun, so werden wir die öffentliche Meinung zu Zeugen aufrufen, ob der Hubrich nicht falsch geschworen hat.

Wir werden uns in den Besitz des Erkenntnisses setzen und die Ausführungen desselben an dieser Stelle veröffentlichen, und bitten dann auch an dieser Stelle um das Urtheil der öffentlichen Meinung.

Dieser Hubrich also ist Hauptbelastungszeuge gegen die vierzig wegen Aufruhr angeklagten Spremberger. Wird der Herr Staatsanwalt dieses Puttkamer-Subjekt noch ferner als solchen gelten lassen? Nun, wir werden sehen.

Es sind doch in der That sehr traurige Zustände, wo so etwas auch nur denkbar. Es ist eine Schmach und Schande für den deutschen Liberalismus, daß solche Beugung der Rechtspflege, wie sie uns tagtäglich vorkommt, neuerdings wiederum möglich ist.

Aus Hessen. Seit Veröffentlichung des „sekreten Erlasses“ ist unser Ministerium „aus der Haut gefahren“, und sofort nach dem Bekanntwerden der Veröffentlichung durch den „Sozialdemokrat“ wurde ein neuer Erlass an die Kreisämter und durch diese an die Bürgermeistereien des Landes losgeschickt, in dem den Sozialdemokraten gegenüber wiederholte Spionage anempfohlen wird. Unter diesen Umständen war vorzuschauen, daß unser Puttkamer'sche, Minister Fingier, Erzlehen, ein aufglatzter, feinstasteter Streiber mit häßlichster, triebender Völligkeit, darauf behaftet sein würde, sein perhändiges Wüththun an den beiden sozialistischen Landtagsabgeordneten, den Genossen Jöst und Ulrich, zu üben. Erzlehen's Finger hat einen wüthenden Hohn gegen Beide, weil ihm von Beiden in der Kammer schon wiederholt recht unangenehme Dinge gesagt wurden. Wie sollte er diesen Hohn betriebligen? Gegen Genosse Jöst war nichts zu machen. dessen Geschäft konnte man nicht verhindern, aber gegen den Genossen Ulrich ging. Der hat eine Druckerei, in der ein harmloses Blatt, das „Odenbacher Tageblatt“, hergestellt wurde. Dies mußte fallen! Eine Weisung an den Odenbacher Amtmann, Fuhrer ist sein Name, genügt, und eine ganz harmlose Notiz mußte Veranlassung zum Verbot geben. Das Sozialministerium leistete dazu die besten Dienste. Amtmann Fuhrer berichtet erst nach Darmstadt, und von dort kam dann der Befehl zu verbieten; zwei in derselben Druckerei hergestellte, noch in unsere Blätter wurden, das eine als „Fortsetzung“, und das andere der „Rinde“ wegen ebenfalls verboten, doch immer erst einige Tage, nachdem die ersten Nummern konfiszirt worden waren. Der Amtmann Fuhrer arbeitete auf Befehl von Darmstadt und ging so weit, zu erklären, so lange einer von den Genossen Ulrich oder Jahn, welche am „Tageblatt“ theilhaftig waren, in der Druckerei verblieben, so lange würde er jedes Blatt verbieten. Man kann sich denken, daß dieses ruffische Verfahren unter den Genossen einen tiefen Groll hervorgerufen hat. Sonst zeigen diese Vorgänge, wozu man das Kundschmeißel alles brauchen kann. Es dient der niedrigsten Nachsucht. Ein Minister, der sich den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit hat gefallen lassen müssen, rächt sich gegen den Abgeordneten, der den Vorwurf mit Recht gemacht, dadurch, daß er ihn geschäftlich ruiniert und eine Doh gegen ihn inthronisiert, die Randalis ist. Nun, noch ist nicht aller Tage Abend und die Abrechnung dürfte möglichst bald erfolgen. Vergessen wird nichts werden.

Odenbach a/M., Ende August. Der stärkere Wind hat auch bei uns Opfer gefordert! Was der Polizei nicht gelingen wollte und konnte, dazu gaben sich einige ehrlose Subjekte her, die sich in unerschämtester Weise als Sozialdemokraten aufzuspielen suchten. Sie denunzierten einen braven Genossen der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und erreichten dessen Verhaftung. Die Denunzianten sind der ehemalige Berliner Ausgewiesene Robert Marsch, vor dem wir schon früher gewarnt hatten, der Parteiführer Karl Dandt und der Schlossermeister Peter Heiles, der unsern Genossen Ulrich dadurch besonders hineinzuweisen suchte, daß er vor Gericht auf seinen Eid erklärte, Ulrich habe Hegrededen gehalten und zu ungeheuerlichen Handlungen aufgeführt. Dieser saubere Patron wollte durch unsere Leute in den Stadtrath gewählt werden und war vor drei Jahren auch schon einmal aufgestellt. Er suchte im Trüben

zu fischen und wollte bei der im November bevorstehenden Wahl für unsern Stadtrath keine Sozialdemokraten, sondern Spießbürger aufgestellt haben. Als er von einigen unserer Genossen zurückerstarrt war, erklärte er sich für einen „gemäßigten Arbeiterfreund“ und suchte Sempel zu fangen, was ihm aber so übel bekam, daß er selbst sein Geschäft einstellte und jetzt überall mit Schimpf und Schande aus den Wirthschaften hinausgetrieben wird. Kein anständiger Mensch mag mehr mit ihm verkehren, und selbst seine ehemaligen Mitspieler ziehen sich von ihm zurück, so daß er seine Leibesgenossenschaft nur noch bei den Geheimpolitikern zu finden im Stande ist. Ein anderer Bursche, ein Parteiführer Arbeiter Dieter, denunzierte seinen eigenen Schwager, brachte denselben 14 Tage in Unterjuchungshaft und rüthete sich noch seiner Gemeinheit. Diesem vierblätterigen Kleeblatt stand als ganz besonderes Muster voraus ein Kaffeeber Leonhard Schäfer. Der denunzierte gleich im großen Stile in einem eigens zur Bekämpfung unserer „Führer“ gegründeten und von den Rationalisten unterstützten Blatt. Dieser Schäfer soll jetzt in der Nähe von Königberg sein. Wären sich die dortigen Genossen vor dem schuftigen Gefellen, der übrigens noch wegen Blutschande verfolgt wird, in Acht nehmen. Sonst steht es hier bei uns vorzüglich. Die Verfolgungen haben unsere Genossen nur geküßt, und besser als je werden wir den Wahlkampf zu schlagen im Stande sein. Auch das Freiberger Urtheil hat gut gewirkt! Gegen solche Verfolgungen gibt es nur eine richtige Antwort: Sieg bei allen Wahlen!

Für das Parteiarhiv

werden zur Komplettierung gesucht:

- „Reichsbürger“ 1879 Nr. 18. 19. 21—24. 26—29. 33. 48. 65—67.
- 1880 Nr. 24. 50. 52. 70. 73. 74. 79 und 80.
- 1881 Nr. 7. 19—23. 25. 26. 30. 31. 50.
- „Stadtsocialist.“ Berlin. Die kompletten Jahrgänge von 1878 und 1880.
- Jahrgang 1879 Nr. 1—13. 20. 23. 24. 30. 31—35. 39—41. 44. 47.
- Jahrgang 1881 Nr. 21. 27. 32. 42. 46. 49 und 50.
- „Proletarier.“ Augsburg, München. Nr. 1—47.
- „Neuer Sozial-Demokrat“ 1871. 1. und 2. Quartal.
- Weiter von Schweizer herausgegebene „Agitator“, des Altanaer „Nordstern“ und die „Aunichau“.
- Auch Einzelnummern sind willkommen.
- Sendungen richten man an die Unterzeichnete.

Vollstbüchhandlung
Hottingen-Zürich.

Immer wieder

schärfen wir unseren Korrespondenten ein, unter Angabe des Datums in jedem Brief u. s. w. stets deutlich anzugeben, welche Korrespondenzen, Sendungen u. s. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Adressänderungen, Adressirungen u. dgl. ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa laufendes in s. Hand zu setzen. Alle Adressänderungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (behufs Kontrolle) deutlich zu schreiben.

Deckadressaten oder deren Angehörige sind zur Ablieferung sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten.

Weiterbeförderungen und Abholungen sind pünktlich zu bewirken.

Expedition des „Sozialdemokrat.“

Zur Beachtung.

Der gestiegenen Auflage wegen wird unser Blatt jetzt einen Tag früher fertiggestellt. Redaktionschluss: Dienstag Mittags.

Briefkasten

Der Redaktion: Einsendungen u. sind eingetroffen aus Hirschberg in Schlesien, Stettin, Halle an der Saale, Ludwigshafen.

Der Expedition: K. H. Remort: Fr. 258 15 à Cto. Ab. u. erh. Dank f. Hmkn. — G. Scherle Neurne: Fr. 24 80 pr. Ab. u. Schft. erh. Ab. u. geordnet. Hüllg. folgt. H. Weileres. — Dtsch. Verein Frauenfeld: Fr. 15 50 pr. Ab. 1. u. 2. Qu. erh. Von H. noch nichts Neues? — Berrina: Bf. v. 24/8. erh. P. R. stets an dir. Ab. Beitr. Reklamirten u. Bf. — B. L.: Ab. 5 — pr. Ufd. d. erh. — Duflo rest: Fr. 49 25 pr. Ab. 8. Qu. u. Fr. 10 80 f. P. Beitr. 3. Qu. d. d. erh. Fr. 119 95 pr. Ufd. b. Opfern des Freiberger Justizmordes u. Fr. 20 — dem Aktionskomitee des Schweiz. Arbeitertages d. d. jugend. Hüllg. folgt nach Wunsch. — Kilian: Ab. 78 60 in Saar à Cto. Ab. u. erh. Weiteres nach Vorchrift gutgebr. — Hirschburg: Ab. 18 — b. Dsb. d. d. zugewiesen — G. R. Z.: Bwfl. 6 — (Ab. 9 35) f. Schft. erh. — J. J. 3: Beilage besorgt. — Hansen: Ab. 1 80 f. Schft. pr. Bchffg. erh. — Jürgens: Ab. 162 80 à Cto. Ab. u. erh. — Rother's Tausch: Ab. 50 — à Cto. erh. Verschiedene Wege verschiedene Zeiten. Quittiren selber stets im Bst., ebenso Belegänge, dessen nicht sofort Bf. gewant worlet wird. — Witten i/M.: Ab. 40 — pr. Ufd. d. erh. — Zopyron: Ab. 41 40 à Cto. Ab. u. erh. Wir quittiren stets draußen eingezahlte Markts. Weiteres Bf. — Nertane i. S.: Ab. 110 — zum A. L. Mahlfonds des 17. Wahlkreises von Crimmitschau u. durch R. A. eingetroffen. — Habelt: Ab. 20 — pr. Dsb. d. d. erh. — Die Rothen H. S.: Ab. 34 — pr. Ab. und Schft. verm. Weiteres H. Vorchrift v. 27/8. geordnet. Dtsch. in 34 demnach zu berichtigen. — Klopstock: Mittlg. betr. J. pr. A. erh. Rühre Daten für „Schwarze Diste“ u. m. g. e. h. e. n. d. e. r. b. e. t. e. n. — Bruno: Ab. 543 90 à Cto. Ab. u. erh. Bf. Weiteres. — Dr. R. U. G.: Bwfl. 1 70 Ab. 4. Du. u. Bwfl. 8 20 f. b. Opfer des Freiberger Prozesses d. d. erh. Weiteres beachtet. — Zürich: Fr. 50 — f. die Opfer des Freiberger Prozesses, Ueberstuh der Schützenhausversammlung v. 24/8. d. d. erh. — Z. v. R.: Ab. 200 à Cto. Ab. u. pr. Fr. G. Sch. erh. — G. P. D.: Ab. 20 — à Cto. Schft. pr. Sch. erh. — Feilg I.: Ab. 8 80 Ab. 3. u. 4. Du. und Ab. 44 — Ab. 2. Du. u. Schft. pr. Fr. II erh. Ab. geordnet. Hüllg. folgt. K. H. notifizirt. — Dpt. B. G. (3500): Ab. 700 — erh. u. nach Vorchrift gebucht. — B. L. VI.: Ab. 400 — à Cto. Ab. u. erh. Weiteres nach Wunsch. — Unverheirathet: Ab. 7 50 à Cto. Schft. erh. Besprechungsnotiz Bf. Weiteres. —

In unserem Verlage ist erschienen:

Der Ursprung der Familie, des Privateigenthums und des Staats.

Von
Fr. Engels.
Billige Ausgabe.

Diese bedeutende, 148 Ollaufseiten starke Schrift kostet bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren Fr. 1 — (80 Pfg.) netto pr. Exemplar bei Bezug von weniger als 5 Exemplaren stellt sich der Preis auf Fr. 1 25 (1 Mk.).

Porto extra.

Vollstbüchhandlung und Expedition des „Sozialdemokrat“
Hottingen-Zürich.

Schweizerische Genossenschafts-Verlagsanstalt Hottingen-Zürich.